



Stadt Aarau

Protokoll des Einwohnerrates

8. Sitzung 2013

vom Montag, 9. Dezember 2013, 18.00 Uhr, im Grossratssaal

Vorsitzender

Marc Dübendorfer, Präsident

Anwesend

45 Mitglieder des Einwohnerrates
6 Mitglieder des Stadtrates
Barbara Dumont, Mitglied der Schulpflege
Marius Stadtherr, Mitglied der Schulpflege
Felix Fuchs, Stadtbaumeister
Sebastian Busse, Projektleiter Stadtbauamt
Daniel Müller, Leiter Sektion Liegenschaften
Niklaus Tschan, Leiter Sportfachstelle

Protokoll

Stefan Berner, Vize-Stadtschreiber

Entschuldigt abwesend

Irene Bugmann Oelhafen, Einwohnerrätin
Hans Peter Hilfiker, Einwohnerrat
Markus Meier, Einwohnerrat
Stephan Senn, Einwohnerrat
Mario Serratore, Einwohnerrat
Dr. Marcel Guignard, Stadtpräsident
Dr. Martin Gossweiler, Stadtschreiber

Traktanden

	Seite
1. Mitteilungen	313
2. Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts für	314
2.1 Dzidzic, David, geb. 1993, kroatischer Staatsangehöriger	
2.2 Franklin, Timothy, geb. 1961, britischer Staatsangehöriger, mit Ehefrau Franklin geb. Habermalz, Ulrike, geb. 1970, deutsche Staatsangehörige, und Tochter Franklin, Maya, geb. 2006, britische Staatsangehörige	
2.3 Kettler, Christian, geb. 1973, deutscher Staatsangehöriger	
2.4 Martinez Rodriguez, Dario, geb. 1973, mit Ehefrau Martinez Rodriguez geb. Alvarez Fernandez, Leticia, geb. 1973, beide spanische Staatsangehörige	
2.5 Ortiz Paulino, Erika, geb. 1977, mit den Kindern Mendez Ortiz, Ashanty, geb. 2003, und Mendez Ortiz, Ashary, geb. 2005, alle dominikanische Staatsangehörige	
2.6 Raupach, Werner Erhard, geb. 1951, mit Ehefrau Raupach geb. Knoob, Ria Hannelore Doris, geb. 1952, beide deutsche Staatsangehörige	
2.7 Süess, Edina, geb. 1974, ungarische Staatsangehörige	
2.8 Yerlikaya geb. Madak, Güler, geb. 1984, mit Ehemann Yerlikaya, Ali, geb. 1977, und Kinder Yerlikaya, Hatice, geb. 2005 und Yerlikaya, Kardelen, geb. 2010, alle türkische Staatsangehörige	
2.9 Imsirovic, Dzevad, geb. 1964, und seine Ehefrau, Imsirovic geb. Jusic, Remza, geb. 1964, beide bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige	
2.10 Ngo, Linh San Madeleine, geb. 2001, vietnamesische Staatsangehörige	
2.11 Ceka, Djarije, geb. 1983, und ihr Ehemann Ceka, Nedim, geb. 1983, mit dem Sohn Ceka, Ensar, geb. 2009, alle mazedonische Staatsangehörige	
2.12 Aghasi Lalani, Bijan, geb. 1971, iranischer Staatsangehöriger	
2.13 Onillon, Joël, geb. 1955, französischer Staatsangehöriger	
2.14 Brkic, Milica, geb. 1989, serbische Staatsangehörige	
2.15 Aryal, Devendra Prasad, geb. 1961, und seine Ehefrau Gautam Seema, geb. 1974, mit den Kindern Aryal, Dewansi, geb. 2003, und Aryal, Digyanshu, geb. 2005, alle nepalesische Staatsangehörige	
3. Anfragen	
3.1 Heinz Suter: Nutzungsrechte Bahnhofhalle	316
4. Provisorium Kindergarten Gönhard inkl. Mittagstisch; Baukredit	318
5. Aufstockung Primarschule Telli; Baukredit	325
6. Rolling Rock Neumattstrasse 26 – Die Sport- und Freizeitstätte in der Telli: Antrag für einen Finanzierungsbeitrag	328

7.	Nachtragskredite 2013, 2. Serie	338
8.	Teilrevision des Reglements über die wirkungsorientierte Stadtverwaltung Aarau (WOSA-Reglement) vom 22. August 2005	339
9.	Postulat Libero Andreas Taddei (GV 2010-2013/400 u. 416): Kreisverkehr an Kreuzung Allmendweg, Schwimmbadstrasse und Schiffländerstrasse; Antrag auf Nichtüberweisung	341
10.	Kreditabrechnung Schulanlage Zelgli; Aussenplätze und Sportanlage	345
11.	Verabschiedungen	346

86. Mitteilungen

Marc Dübendorfer, Präsident: Ich begrüsse alle Anwesenden ganz herzlich zur 8. Einwohnerratssitzung im Jahre 2013. Diese Sitzung ist zugleich die letzte Sitzung in der Legislaturperiode 2010-2013. Anschliessend an die heutige Sitzung wird der Schlussapéro stattfinden. Zuweilen nennt man das auch "Apéro riche". Ich würde sagen, dass bei unseren Verhältnissen der Name "Schlussapéro Stabilo" besser passen würde. Das Ziel wäre es, um 20.45 Uhr, spätestens um 21.00 Uhr, mit der Einwohnerratssitzung fertig zu sein und dann in den Ratskeller hinuntergehen zu können, denn sonst gäbe es Probleme mit den Personen, welche den Apéro für uns unten bereitstellen. Ich gratuliere Einwohnerrat Oliver Bachmann ganz herzlich zur Geburt des Sohnes Lorenz am 29. November. Es liegen keine Wünsche und Abänderungsvorschläge zur Traktandenliste vor.

Der **Präsident** gibt die Entschuldigungen bekannt.

87. Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts

Marc Dübendorfer, Präsident: Der Stadtrat unterbreitet dem Einwohnerrat folgende Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts der Stadt Aarau:

- Dzidzic, David, geb. 1993, kroatischer Staatsangehöriger
- Franklin, Timothy, geb. 1961, britischer Staatsangehöriger, mit Ehefrau Franklin geb. Habermalz, Ulrike, geb. 1970, deutsche Staatsangehörige, und Tochter Franklin, Maya, geb. 2006, britische Staatsangehörige
- Kettler, Christian, geb. 1973, deutscher Staatsangehöriger
- Martinez Rodriguez, Dario, geb. 1973, mit Ehefrau Martinez Rodriguez geb. Alvarez Fernandez, Leticia, geb. 1973, beide spanische Staatsangehörige
- Ortiz Paulino, Erika, geb. 1977, mit den Kindern Mendez Ortiz, Ashanty, geb. 2003, und Mendez Ortiz, Ashary, geb. 2005, alle dominikanische Staatsangehörige
- Raupach, Werner Erhard, geb. 1951, mit Ehefrau Raupach geb. Knoob, Ria Hannelore Doris, geb. 1952, beide deutsche Staatsangehörige
- Süess, Edina, geb. 1974, ungarische Staatsangehörige
- Yerlikaya geb. Madak, Güler, geb. 1984, mit Ehemann Yerlikaya, Ali, geb. 1977, und Kinder Yerlikaya, Hatice, geb. 2005 und Yerlikaya, Kardelen, geb. 2010, alle türkische Staatsangehörige
- Imsirovic, Dzevad, geb. 1964, und seine Ehefrau, Imsirovic geb. Jusic, Remza, geb. 1964, beide bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige
- Ngo, Linh San Madeleine, geb. 2001, vietnamesische Staatsangehörige
- Ceka, Djarije, geb. 1983, und ihr Ehemann Ceka, Nedim, geb. 1983, mit dem Sohn Ceka, Ensar, geb. 2009, alle mazedonische Staatsangehörige
- Aghasi Lalani, Bijan, geb. 1971, iranischer Staatsangehöriger
- Onillon, Joël, geb. 1955, französischer Staatsangehöriger
- Brkic, Milica, geb. 1989, serbische Staatsangehörige
- Aryal, Devendra Prasad, geb. 1961, und seine Ehefrau Gautam Seema, geb. 1974, mit den Kindern Aryal, Dewansi, geb. 2003, und Aryal, Digyanshu, geb. 2005, alle nepalesische Staatsangehörige

Der Stadtrat empfiehlt, alle Gesuche gutzuheissen. Dieser Antrag stützt sich auf die Empfehlung der Einbürgerungskommission, welche die Gesuche geprüft hat. Die Gesuche konnten während der Aktenaufgabe eingesehen werden. Wird das Wort zu den Einbürgerungsgesuchen gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wünscht jemand eine geheime Abstimmung? Das ist auch nicht der Fall. Ich mache auf die **Ausstandsbestimmungen** gemäss § 25 des Gemeindegesetzes aufmerksam: Wenn bei einem Verhandlungsgegenstand jemand ein unmittelbares und persönliches Interesse hat, so haben er, sein Ehegatte bzw. eingetragener Partner, seine Eltern sowie die Kinder mit Ehegatten bzw. eingetragenen Partnern vor der Abstimmung das Versammlungslokal bzw. die Tribüne zu verlassen. Ich möchte die Gesuchstellenden bitten, vor der Abstimmung die Tribüne zu verlassen.

Abstimmung:

Die Resultate der offenen Abstimmung lauten wie folgt:

Gesuchstellerin / Gesuchsteller	Ja	Nein
Dzidzic, David, geb. 1993, kroatischer Staatsangehöriger	28	1
Franklin, Timothy, geb. 1961, britischer Staatsangehöriger, mit Ehefrau Franklin geb. Habermalz, Ulrike, geb. 1970, deutsche Staatsangehörige, und Tochter Franklin, Maya, geb. 2006, britische Staatsangehörige	37	0
Kettler, Christian, geb. 1973, deutscher Staatsangehöriger	38	0
Martinez Rodriguez, Dario, geb. 1973, mit Ehefrau Martinez Rodriguez geb. Alvarez Fernandez, Leticia, geb. 1973, beide spanische Staatsangehörige	37	0
Ortiz Paulino, Erika, geb. 1977, mit den Kindern Mendez Ortiz, Ashanty, geb. 2003, und Mendez Ortiz, Ashary, geb. 2005, alle dominikanische Staatsangehörige	27	5
Raupach, Werner Erhard, geb. 1951, mit Ehefrau Raupach geb. Knoob, Ria Hannelore Doris, geb. 1952, beide deutsche Staatsangehörige	37	0
Süess, Edina, geb. 1974, ungarische Staatsangehörige	35	0
Yerlikaya geb. Madak, Güler, geb. 1984, mit Ehemann Yerlikaya, Ali, geb. 1977, und Kinder Yerlikaya, Hatice, geb. 2005 und Yerlikaya, Kardelen, geb. 2010, alle türkische Staatsangehörige	35	0
Imsirovic, Dzevad, geb. 1964, und seine Ehefrau, Imsirovic geb. Jusic, Remza, geb. 1964, beide bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige	29	0
Ngo, Linh San Madeleine, geb. 2001, vietnamesische Staatsangehörige	36	0
Ceka, Djarije, geb. 1983, und ihr Ehemann Ceka, Nedim, geb. 1983, mit dem Sohn Ceka, Ensar, geb. 2009, alle mazedonische Staatsangehörige	34	0
Aghasi Lalani, Bijan, geb. 1971, iranischer Staatsangehöriger	34	0
Onillon, Joël, geb. 1955, französischer Staatsangehöriger	36	0
Brkic, Milica, geb. 1989, serbische Staatsangehörige	35	0
Aryal, Devendra Prasad, geb. 1961, und seine Ehefrau Gautam Seema, geb. 1974, mit den Kindern Aryal, Dewansi, geb. 2003, und Aryal, Digyanshu, geb. 2005, alle nepalesische Staatsangehörige	35	0

Den Gesuchstellenden wurde das Gemeindebürgerrecht **zugesichert**.

Die Beschlüsse unterliegen gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung bzw. gemäss Kreis schreiben des Departements Volkswirtschaft und Inneres vom 15. August 2003 keinem Referendum.

88. Anfrage Heinz Suter: Nutzungsrechte Bahnhofhalle

Am 23. Oktober 2013 hat Einwohnerrat **Heinz Suter** eine schriftlich begründete Anfrage mit folgenden Fragen eingereicht:

1. *Hat die Stadt Aarau von ihrem Nutzungsrecht bislang schon Gebrauch gemacht? Wenn ja, in welcher Form? Wenn nein, weshalb nicht?*
2. *Hat der Stadtrat konkrete Ideen, wie dieses Nutzungsrecht künftig ausgeübt werden kann?*
3. *Wäre es allenfalls möglich, dieses Recht kommerziell zu nutzen, um daraus Einnahmen erzielen zu können?*
4. *Wie beurteilt der Stadtrat aus heutiger Sicht den sehr hohen Interessenbeitrag in Relation zum erzielten oder erzielbaren Nutzen? Oder war es dem Stadtrat wert, Mittel dieser Grössenordnung zusätzlich zu investieren, um die SBB von einer intensiveren Nutzung der Dienstleistungsflächen abzuhalten?*
5. *Wie äussert sich der Stadtrat zur Vorhaltung, mit den zusätzlich bewilligten Fr. 2'000'000.00 sei ganz einfach ein zusätzlicher, letztlich aber für die Stadt nutzloser Finanzierungsbeitrag an die SBB geleistet worden?*

Carlo Mettauer, Vizestadtpräsident: Ich beantworte Ihnen diese Anfrage gerne und komme zuerst zu den gesetzlichen Rahmenbedingungen: Das Nutzungsrecht ist in einem Vertrag zwischen den Schweizerischen Bundesbahnen SBB und der Einwohnergemeinde Aarau festgehalten. Die Ausübung des Rechts ist darin wie folgt umschrieben: "Die jeweilige Eigentümerin des belasteten Stockwerkeigentumsanteils "Bahnhofhalle" räumt der Einwohnergemeinde das Recht ein, die Bahnhofhalle im gemäss "Eventflächenplan Bahnhofshalle" gekennzeichneten Perimeter an insgesamt 14 Halbtagen pro Jahr für Veranstaltungen der Einwohnergemeinde zu nutzen. Für angebrochene Jahre wird das Nutzungsrecht pro rata gekürzt. Grundsätzlich nicht erlaubt sind parteipolitische Wahl- oder Abstimmungsveranstaltungen und/oder Veranstaltungen, die den Interessen des jeweiligen Eigentümers des belasteten Stockwerkeigentumsanteils "Bahnhofhalle" und/oder der SBB entgegenstehen. Das Nutzungsrecht ist nicht übertragbar bzw. darf nicht durch Dritte ausgeübt werden. Vorbehalten bleibt die Zustimmung der jeweiligen Eigentümerin des belasteten Grundstücks und der SBB im Einzelfall." Für die Einräumung und die Ausübung dieses Nutzungsrechtes bezahlt die Einwohnergemeinde der SBB einen Betrag von 2 Mio. Franken. Dieses Nutzungsrecht ist im Grundbuch eingetragen worden. Es gilt ab Inbetriebnahme der Bahnhofhalle während 40 Jahren. Ich komme nun zu den Fragen im Einzelnen:

Frage 1: Die Stadt Aarau hat bereits von ihrem Nutzungsrecht Gebrauch gemacht. Ich zähle Ihnen die einzelnen Nutzungen nachher auf. Wer von diesem Recht Gebrauch machen will, muss bei den Schweizerischen Bundesbahnen SBB, Immobilienbewirtschaftung Grossbahnhöfe, Promotionen Schweiz, Zürich, ein Gesuch einreichen. Seit der Eröffnung des neuen

Bahnhofes sind 8 entsprechende Bewilligungen für folgende Nutzungen, zum Teil über mehrere Halbtage dauernd, erteilt worden: Helvetiapark Ausstellung, Stadtmuseum Aarau; Aktion "Aller et retour", Stadtmuseum Aarau; Neujahrsanlass, Neujahrskommission der Stadt Aarau; Kammerchor C21 Konzert; Verteilung von alkoholfreien Gratis-Drinks, Alkoholprävention, Blaues Kreuz Aargau – Luzern; Kampagne Alkohol-Aufklärung, Stadtpolizei Aarau; Zeichen im Bahnhofgebäude Aarau, Berufsschule Aarau; Expo Nano, Life Science Communication AG und Einweihung Bahnhofplatz, Stadt Aarau, Wirtschaftsfachstelle.

Frage 2: Die Wirtschaftsfachstelle wie auch das Stadtbauamt machen im Zusammenhang mit Veranstaltungen auf die Möglichkeit der Nutzung der Bahnhofshalle schon heute aufmerksam und werden dies auch in Zukunft tun. Der Leiter der Wirtschaftsfachstelle hat den Vorstand des Vereins Aarau Standortmarketing, sowie die Präsidenten des Gewerbeverbands und des Vereins MAG im Frühling 2013 über die Möglichkeit der Stadt zur Nutzung der Bahnhofshalle informiert. Die Halle eignet sich nach Meinung des Stadtrates ideal für Promotionszwecke bei grösseren Anlässen. So können beispielsweise die rund 100'000 erwarteten Gäste des Eidg. Volksmusikfestes 2015 optimal mit Informationen zum Fest und zur Stadt Aarau bedient werden. Es ist aber auch geplant, dass die verwaltungsinternen Stellen in regelmässigen Abständen über die Möglichkeit der Nutzung der Halle sensibilisiert werden.

Frage 3: Die vertraglichen Abmachungen lassen eine solche Nutzung nicht zu.

Frage 4: Das Nutzungsrecht wird nun nach Abschluss der Bauarbeiten auf dem Bahnhofplatz intensiver genutzt werden als bisher. Ob der Beitrag von 2 Mio. Franken in einer angemessenen Relation zum erzielbaren Nutzen steht, kann nicht nachgewiesen werden. Es ging damals auch darum, dem Neubau des Bahnhofs mit der grosszügigen Bahnhofshalle den nötigen Realisierungsschub zu geben. Von einem Abhalten der SBB von intensiveren Nutzungen der Dienstleistungsflächen ihrerseits war nie die Rede.

Frage 5: Das Nutzungsrecht ist für die Stadt Aarau nicht nutzlos, sondern besteht weiter und soll auch in Zukunft weiter genutzt werden. Es ging dem Stadtrat seinerzeit vor allem auch darum, den Finanzierungsbeitrag nicht ohne einen Gegenwert für die Stadt zu sprechen. Dass dieser Gegenwert nicht wertgleich sein dürfte, war von Anfang an klar.

Der **Anfragesteller** ist von dieser Antwort befriedigt.

89. Provisorium Kindergarten Gönhard inklusive Mittagstisch; Baukredit

Mit Botschaft vom 4. November 2013 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft den folgenden:

Antrag: *Der Einwohnerrat möge den Baukredit in der Höhe von Fr. 915'000.-- inkl. MwSt., (Kostengenauigkeit +/- 10 %, zuzüglich allfälliger teuerungsbereinigter Mehrkosten, Kostenstand Schweizerischer Baupreisindex Nordwestschweiz Hochbau, Basis 1. Oktober 2010 = 100 Punkte, 1. April 2013 = 103,2 Punkte) für das Provisorium Kindergarten Gönhard inklusive Mittagstisch bewilligen.*

Marc Dübendorfer, Präsident: Bei diesem Geschäft liegt uns ein **Rückweisungsantrag** von Einwohnerrat Ueli Hertig als Präsident der Fraktion Pro Aarau – EVP/EW – GLP vor. Dies ist ein Ordnungsantrag. Der Rückweisungsantrag lautet wie folgt:

Das Traktandum 4 "Provisorium Kindergarten Gönhard inkl. Mittagstisch; Baukredit" soll an den Stadtrat zurückgewiesen und dem Einwohnerrat möglichst bald, mit einer nachvollziehbaren Kostenermittlung (Kostenvoranschlag), neu vorgelegt werden.

Marc Dübendorfer, Präsident: Wenn wir dann zu diesem Geschäft kommen, liegt uns ein **Abänderungsantrag** der Sachkommission vor. Dort geht es im Wesentlichen darum, dass der Betrag, welcher vom Stadtrat beantragt worden ist, um 45'000 Franken gesenkt werden solle. Der Betrag würde also nicht mehr 915'000 Franken, sondern nur noch 870'000 Franken betragen. Die Begründung dazu werden wir dann sicher noch hören. Ich schlage folgendes Vorgehen vor: Zuerst werde ich die Frage nach dem Eintreten auf das Geschäft stellen. Ich nehme an, das wird nicht bestritten sein. Anschliessend behandeln wir vorab den Ordnungsantrag von Ueli Hertig. Er kann diesen zuerst begründen. Dann werden wir darüber diskutieren. Dabei bitte ich alle, sich wirklich zur Rückweisung als solches zu äussern und nicht schon in die Sachdebatte gemäss Antrag des Stadtrates einzutreten. Sollte dieser Rückweisungsantrag gutgeheissen werden, können wir nämlich bereits zum Traktandum 5 weitergehen. Es wird also zuerst eine Abstimmung zum Ordnungsantrag stattfinden. Je nach Ausgang derselben setzen wir die Debatte fort mit dem Kommissionsreferat und der Diskussionsrunde. Am Schluss fände die Abstimmung statt, bei welcher zwischen dem Antrag der Sachkommission und dem stadträtlichen Antrag evaluiert würde. Dies ist mein Vorschlag zum Vorgehen. Dazu gibt es keine Bemerkungen. Somit kommen wir bereits zur Frage des Eintretens. Dazu liegen keine Wortmeldungen vor, das Eintreten ist also unbestritten. Wir kommen nun zum Ordnungsantrag von Ueli Hertig.

Ueli Hertig: Wir entscheiden heute über den Baukredit für ein Kindergarten-Provisorium inkl. Mittagstisch im Gönhard. Weil die Aktenaufgabe sehr, sehr dürftig war und keine Kostenermittlungen auflagen, konnten im Voraus die beantragten Gesamtkosten nicht beurteilt werden. Darum habe ich den Rückweisungsantrag, wie ihn der Präsident vorgelesen hat, eingereicht. Die Gebäudekosten pro Quadratmeter Bruttogeschossfläche liegen über einen Drittel höher, als beim vor kurzem erstellten FUSTA-Provisorium im Schachen. Und dieses Provisorium wurde, entgegen den Aussagen im Protokoll der Sachkommission, im Holzmodulbau

erstellt, also in der gleichen Bauweise, wie das geplante Provisorium im Gönhard. Weshalb das so viel teurer ist, weiss ich nicht. Die Kosten liegen auch nahe bei der vor kurzem bewilligten Kindergartenerweiterung in der Telli, und diese sollte doch einiges länger halten als 5 bis 10 Jahre. Dass eine Containerlösung das geltende Energiegesetz nicht einhalten kann, wie auch im Protokoll der Sachkommission zu lesen ist, stimmt so sicher auch nicht ganz. Da aber der Stadtrat und die Projektdelegation einen Holzmodulbau gegenüber einer günstigeren Containerlösung bevorzugen, müsste dafür doch in der Aktenaufgabe zumindest eine Kostengegenüberstellung vorhanden sein. Auch wenn der Kredit für das geplante Provisorium im Gönhard unter einer Million liegt und der Termindruck sicher vorhanden ist, sollte auch ein solches Projekt richtig geplant und dem Einwohnerrat seriös beantragt werden. Heute Vormittag – lieber spät als nie – habe ich doch noch den Kostenvoranschlag und den Kostenvergleich zwischen der Containerlösung und dem Modulbau erhalten. Die Unterlagen haben zwar nicht alle Fragen beantwortet. Trotzdem ziehe ich – der Schule, den Schulkindern und der Sache zuliebe – meinen Rückweisungsantrag zurück, auch wenn ich immer noch überzeugt bin, dass das geplante Provisorium bedeutend günstiger realisiert werden könnte.

Marc Dübendorfer, Präsident: Damit können wir das Ordnungsantragsverfahren bereits beenden und kommen zum Geschäft als solches.

Therese Dietiker, Präsidentin der Sachkommission: An ihrer Sitzung vom 26. November hat die Sachkommission den Antrag für einen Baukredit für ein Provisorium Kindergarten und Mittagstisch im Gönhard vorbesprochen. Auskunftspersonen waren der zuständige Stadtrat Lukas Pfisterer, der Leiter Sektion Hochbau, Herr Andreas Jauch, und Sebastian Busse als Projektleiter. Die Kommission empfiehlt Ihnen mit 8:1 Stimmen, den Baukredit in der Höhe von 870'000 Franken zu bewilligen – dies im Unterschied zum stadträtlichen Antrag, welcher 915'000 Franken umfasst. Die Sachkommission hat einstimmig die zusätzliche Reserve für Unvorhergesehenes von 5 % gestrichen. Die etwas dürftige Vorlage hat in der Sachkommission zu vielen Fragen geführt: Es ging um einen Vergleich mit dem soeben fertig gestellten Provisorium für die FUSTA Schachen. Beim Rückweisungsantrag haben wir ja ähnliche Sachen gehört. Die Auskunftspersonen erklärten, dass im Gönhard ein Modulbau geplant sei, im Gegensatz zur FUSTA Schachen. Dort ist ein Elementbau aufgestellt worden. Modulbauten könnten besser abgebaut und an einem andern Ort wieder aufgestellt werden, seien aber rund 10 % teurer. In Zürich würden diese Bauten in den städtischen Schulen benützt und auch immer wieder gezügelt. Man fragte nach dem Komfort, der mit dem geplanten Modulbau bedeutend höher ist, als eine Containerlösung. Diese Containerlösung sei gemäss Auskunftspersonen gar nicht mehr möglich, weil die Baute mit grösster Wahrscheinlichkeit länger als drei Jahre benötigt würde. Provisorien würden jedoch nicht länger als drei Jahre bewilligt. Was länger steht, muss auch bessere energetische Standards aufweisen. Deshalb kommen nicht alle Containerlösungen für den Kindergarten und Mittagstisch Gönhard infrage. In der Kommission wurde auf ein Kindergartenprovisorium in Buchs hingewiesen, welches bedeutend günstiger gebaut worden ist. Gemäss Auskunftspersonen seien für vergleichbare Containerbauten keine genügenden Energienachweise erhältlich. Deshalb sei davon abgesehen worden. Die Auskunftspersonen sagten, dass der Modulbau nach Gebrauch an einem anderen Ort wieder aufgebaut werden könnte (z.B. Kindergarten Scheibenschachen oder im Torfeld Süd) oder dass er für rund 20 % seines Neuwertes verkauft werden könnte. Diese groben Prognosen seien bei der Anschaffung zu berücksichtigen. Die Sachkommission fand in ihrer Schlussdiskussion, dass das geplante Provisorium eine Notwendigkeit sei. Weil dieses länger als ein bis zwei Jahre stehen wird, sei es auch richtig, wenn nicht das absolute Minimum gebaut werde. Die Holzkonstruktion wurde als sympathisch bewertet, wie auch die Option der Wiederver-

wertung. Es wurde darauf hingewiesen, dass das Projekt im Vergleich mit ähnlichen Bauten zu teuer sei, wobei der Kostenvoranschlag noch sehr ungenau und grosszügig ist. Genaue Zahlen fehlen. Wie zu Beginn erwähnt, bittet Sie die Sachkommission, das Provisorium Kindergarten Gönhard inkl. Mittagstisch zu bewilligen. Der Baukredit soll, entgegen dem stadträtlichen Antrag von 915'000 Franken auf 870'000 Franken festgelegt werden mit einer Kostengenauigkeit von +/- 10 % sowie der teuerungsbereinigten Mehrkosten.

Marc Bonorand: Die SVP-Fraktion hat im letzten Februar gegen die damalige Rückweisung gestimmt und ist immer noch der Meinung, dass diese Rückweisung von damals das Ganze noch weiter verteuern wird. Heute haben wir nun den Baukredit für das Raumprovisorium auf dem Tisch. Dieser Baukredit erscheint uns zwar auch etwas hoch. Der Raumbedarf ab August 14 ist aber gegeben, und diese provisorische Lösung muss jetzt realisiert werden. Eine erneute Ablehnung würde alles wohl noch weiter verteuern und vor allem verkomplizieren. Die Fraktion ist einstimmig der Meinung, dass man jetzt im Gönhard vorwärts machen muss. Den Antrag der Sachkommission betreffend Kürzung des Kredits um 45'000 Franken auf neu 870'000 Franken unterstützen wir ebenfalls einstimmig. Diese "Reserve für Unvorhersehbares" ist zu streichen. 5% Reserven sind in den Einzelpositionen bereits eingerechnet. Der Kauf von einem Holzmodulbau macht für uns auch Sinn. Für eine Nutzungsdauer von 5 Jahren ist dies nicht nur die billigere, sondern auch von der Dämmung und dem Raumklima her die viel komfortablere Lösung. Ich war selber schon mehrmals in solchen Containern drin. Die stickige und stinkende Luft da drin ist meines Erachtens niemandem über eine längere Zeitdauer zumutbar. Zudem hat man in 5 Jahren die Optionen, diesen Modulbau an anderen Standorten weiter zu nutzen (in der Stadt Zürich wird das bereits seit längerem erfolgreich praktiziert) oder gar zu verkaufen. Positiv finden wir auch, dass der Teilrückbau nach Beendigung der Nutzung im Baukredit bereits eingerechnet ist. Wir fordern den Stadtrat an dieser Stelle aber auf, bei den Nachverhandlungen zum Kauf dieses Holzmodulbaus die Preise noch weiter nach unten zu korrigieren. Ich gehe davon aus, dass man hier mehrere Anbieter und so auch Spielraum hat, bei den Verhandlungen über den Preis bei den offerierenden Firmen Druck auszuüben. Die SVP-Fraktion wird den Baukredit in der Höhe von 870'000 Franken einstimmig gutheissen.

Danièle Zatti Kuhn: Die FDP-Fraktion wird dem Geschäft zustimmen und unterstützt auch den Abänderungsantrag der Sachkommission. Wir finden Kauf statt Miete und Holz statt Container sinnvoll, v.a. wenn man von einer Nutzungsdauer von mindestens 4 bis 5 Jahren ausgeht. Der Stadtrat soll die Ausschreibung so gestalten, dass auch die offenbar günstigere Variante eines Holz-Elementbaus offeriert werden kann. In diesem Sinne sind die 870'000 Franken sicher eine obere Grenze. So kann das Projekt ev. auch günstiger realisiert werden.

Thomas Hächler: Bei uns geht es um dasselbe: Wir unterstützen die Sache, wie sie uns heute präsentiert worden ist. Wir finden, es müsse ein weiterer Schritt gemacht werden, die Schulanlage Gönhard den neuen Gegebenheiten und Bedürfnissen anzupassen. Wir begrüssen die Auslagerung der FUSTA aus dem Schulgebäude und hoffen, dass dort jetzt dann auch eine gute Lösung gefunden werden kann. Die Raumbedürfnisse für die nächsten Jahre sind ausgewiesen. Es geht nur noch darum, welches jetzt das richtige Provisorium ist. Wir unterstützen den stadträtlichen Antrag mit dem Modulbau, weil wir auch den Nutzen davon sehen, diesen wieder an einem anderen Ort aufstellen zu können. Eigentlich geht man davon aus – oder spricht zumindest davon – dass das der Fall sein könnte. Dabei stellt sich mir eher die Frage, ob es nicht möglich wäre, die Anlagen, von denen man weiss, dass sie zukünftig noch notwendig sein werden, zeitlich so zu planen, dass gar keine Container mehr nötig wären. Die SP-Fraktion unterstützt also den Abänderungsantrag der Sachkommission.

Markus Hutmacher: Ich möchte vorausschicken, dass ich keine Containeraktien oder etwas Entsprechendes besitze. Zu dem bisher Gesagten möchte ich aber dennoch einen kleinen Kontrapunkt setzen. Vorwegnehmen möchte ich noch, dass die Fraktion Grüne/JETZT! die Rückweisung nicht unterstützt hätte. Wir waren in der Sache mit Ueli Hertig einverstanden. Der Zeitdruck hätte das als unvernünftig angeschaut. Ich komme nun zu den Containern. Weshalb hätte unsere Fraktion lieber eine Containerlösung? Die Containerlösung ist ganz einfach billiger. Der Unterschied zwischen den Holzmodulen und den Containern ist folgender: Die Container sind ein Industrieprodukt und die Module werden handwerklich hergestellt. Deshalb sind die Container automatisch kostengünstiger. Es ist aber nicht so, dass ein Container einfach eine Blechkiste ist, welche innen mit Kunststoff ausgekleidet wird und stinkt. Es sind Container erhältlich, bei denen der Innenausbau (Bodenbeläge, Wandteile, Deckenbeläge usw.) selber definiert werden kann. Es ist auch nicht so, wie wir jetzt immer wieder gehört haben, dass ein Energienachweis nicht möglich wäre. Ich bin überzeugt, dass das geht. Ein winterlicher Wärmeschutz ist bei Containern wirklich kein Problem. Probleme hat man beim sommerlichen Wärmeschutz, aber dieser ist einfach und günstig lösbar, indem man ein zweites, unterlüftetes Dach einbaut. Damit erreicht man eine Beschattung der Fassade und das Dach wird kühler. Wir begrüßen, dass die Stadt energetisch so viel wie möglich macht. Wir begrüßen ausdrücklich auch, dass eine Wärmepumpe gewählt wird und nicht einfach Direktheizungen. Aber wir sind wirklich überzeugt, dass dieser Energienachweis erbringbar ist. Entgegen der Aussage des Stadtbauamtes ist ein Energienachweis nicht Aufgabe eines allfälligen Lieferanten, sondern Aufgabe und im Interesse der Bauherrschaft resp. eine Aufgabe der Planer und normalerweise auch im Planerhonorar enthalten. Es wäre also nichts als richtig gewesen, diesen Nachweis rechtzeitig zu erarbeiten, denn damit müssten wir nicht mehr darüber diskutieren, ob es rechtlich möglich sei oder nicht. Ich möchte einfach darauf hinweisen, dass wir heute ja noch eine Vorlage zum Rolling Rock erhalten. Dort haben wir Bauteilwerte des Bodens von 0,24, der Wand von 0,35 und der Decke von 0,26. Containerlösungen sind für alle Bauteile möglich mit Werten von 0,16. Der tiefere Wert ist besser. Beim Rolling Rock sagt uns der Stadtrat, dass man eben gleich die Gesetze erfüllen könne. Wir haben aber einen doppelt so schlechten U-Wert der Wand wie beim Container. Sollte der Nachweis aber trotzdem, aus welchen Gründen auch immer, nicht erbringbar sein, verstehe ich nicht, weshalb man dann die Bauzeit nicht hinterfragt. Eine Bauzeit von 3 Jahren ist wirklich sehr lange, v.a. wenn man bedenkt, dass die Baubewilligung ja ungefähr im nächsten Mai ausgesprochen wird. D.h., wir haben 3,5 Jahre Zeit, diesen Bau zu planen und umzusetzen. Wenn man da etwas rückwärts rechnet, könnte man sagen, dass man etwa in 2 Jahren, also konkret im November 2015, eine Volksabstimmung durchführen müsste. Dabei müsste das Volk gefragt werden, ob es für das Schulhaus, welches ja keine Riesensache ist, denn es handelt sich um ca. 8 Schulzimmer, das Geld ausgegeben will oder nicht. Dann wäre man schön im Zeitplan und es würde reichen. Man muss sehen, dass es um ein grosses Sparpotenzial geht. Aus diesem Grunde bin ich schon etwas überrascht, dass auch diejenige Seite, welche sonst sagt, wir würden viel zu teuer bauen, das jetzt einfach schluckt und sagt, es sei gut. Mir geht es auch nicht darum, dass wir zwingend Container brauchen würden. Mir geht es darum, dass die Ausschreibung offen erfolgt. Wenn man sagt, auch Container wären möglich, holen wir automatisch einen viel besseren Preis heraus. Mir scheint allgemein, dass die ganze Vorlage vom Prinzip "Sicher nicht geizen, sicher genug" zeugt. Ich bin ganz sicher, dass da ein riesiges Sparpotenzial vorhanden ist. Wir werden dem Kredit zustimmen, erwarten aber, dass die Abrechnung klar nicht über 600'000 Franken liegen wird.

Lukas Pfisterer, Stadtrat: Ich nehme gerne im Namen des Stadtrates Stellung zu diesem Antrag. Zuerst danke ich Einwohnerrat Ueli Hertig für den Rückzug seines Antrages. Ich hätte sonst auch noch Stellung dazu genommen. Ich möchte nur kurz eine Bemerkung zu seiner Aussage machen: Das Stritengässli ist nicht im Holzmodulbau erstellt. Es wurde ein Holzmodulbau ausgeschrieben, der Zuschlag ging aber letztlich an einen Holzelementbau. Das ist ein kleiner Unterschied. Worum geht es aber eigentlich bei einem Holzmodulbau, einem Holzelementbau oder einem Container? Ein Holzmodulbau können Sie sich als vorgefertigte Kiste vorstellen, welche auf einem Tieflader angeliefert und hingestellt wird. Vielleicht kommt noch eine zweite Kiste daneben. Diese Kisten werden verschraubt und sind so fertig. Es kann eine bestimmte Anzahl bestellt werden mit einer bestimmten Grösse. So hat man ein Schulzimmer. Beim Holzelementbau werden auf dem Lastwagen verschiedene Wandscheiben geliefert. Diese werden am Schluss hingestellt und vor Ort verschraubt, inkl. Dach und Boden. Das sind also alles Einzelelemente. Der Container ist wieder ein Modul, eine vorgefertigte Kiste, aber in einer anderen Materialisierung, also Wertigkeit. In der Regel sind sie aus Stahl gebaut. Das sind die wesentlichen Unterschiede. Beim Holzmodulbau kann dieses Kistchen entsprechend wieder aufgeladen und an einem anderen Standort platziert werden. So hat man wieder ein Schulzimmer. Beim Holzelementbau müssten die einzelnen Elemente, wie Wandscheiben, Decke und Boden, wieder voneinander getrennt und verladen werden. Dies ist aufwendiger. Entsprechend sind beim Holzmodulbau, weil die Vorfertigung grösser ist, die Kosten auch etwas höher. Er kann aber besser wieder versetzt werden, und das ist genau das, was wir ja wollen. Auf den Container komme ich nachher noch im Detail zu sprechen. Soweit zu den Vorinformationen. Wir benötigen hier letztlich ein Provisorium, das länger als 3 Jahre brauchbar ist. Die Energiesparverordnung sieht vor, dass Bauten, welche weniger lang als 3 Jahre stehen, die Energiesparanforderungen nicht erfüllen müssen. Wir brauchen hier aber aufgrund der weiteren Entwicklung der Schulanlage ein Provisorium, welches länger als 3 Jahre steht. Der Einwohnerrat hat beschlossen, dass die Schulanlage grundsätzlich erweitert werden soll. Er hat das Geschäft aber zurückgewiesen und ein Konkurrenzverfahren gewünscht. Dieses Verfahren dauert erfahrungsgemäss ca. 1 Jahr. Danach brauchen wir einen Projektierungs- und dann einen Baukredit sowie eine Volksabstimmung. Die gesamte Planung, Ausführung und Bauzeit wird ebenfalls Zeit brauchen. So kommen wir einfach auf mehr als 3 Jahre. Wir würden gerne schneller vorgehen. Wenn man aber wirklich ein Konkurrenzverfahren bei dieser Schulanlage, welche kantonal denkmalgeschützt ist, durchführen will, das seinem Namen auch gerecht wird, braucht es seine Zeit. Deshalb scheidet die Lösung mit den Containern, also den Stahlkistchen, aus. Dem Stadtbauamt ist kein Container bekannt, welcher die Energiesparverordnungen und Lärmschutznachweise usw. erfüllt. Wenn es eben länger als 3 Jahre dauert, muss quasi eine Holzkiste hingestellt werden, welche ähnliche Werte wie ein effektives Definitivum erreicht. Das schlägt sich dann halt auch in den Kosten nieder. Wenn man es mit der Spielvilla am Stritengässli vergleicht, so sind wir beim vorliegenden Projekt 18 % und gegenüber der Erweiterung des Kindergartens Telli ca. 40 % günstiger, wenn man das ganze Gebäude anschaut. Wir brauchen hier einen Modulbau, welcher rechtzeitig bereit ist, die Anforderungen erfüllt und länger als 3 Jahre stehenbleiben kann. Er muss bewilligungsfähig und verschiebbar sein, aber nicht wie ein Holzelement, sondern als Modulbau. Wir denken, dass wir diesen dann später auch noch gebrauchen werden. Deshalb hat Ihnen der Stadtrat auch die Lösung mit dem Holzmodulbau vorgeschlagen. Es wurde gesagt, dass der Preis noch verhandelt werden müsse. Selbstverständlich wird das passieren. Das Projekt muss ja öffentlich ausgeschrieben werden. Es ist völlig klar, dass je nach Eingang der Angebote der Preis tiefer sein wird. Wir können aber nicht verhandeln. Sollte aber jemand die Anforderungen, welche wir stellen, auf eine andere Art und Weise erfüllen, ist es möglich, entsprechende Angebote zu berücksichtigen. Die Ausschreibung kann durchaus so gestaltet werden. Dementsprechend beantragt Ihnen der Stadtrat, diesen Antrag gutzuheissen. Ich komme nun noch zum Abänderungsantrag der Sachkommission: Sie haben heute auch noch den Antrag für die Aufstockung des Tellischulhauses auf dem Tisch. Wir haben Ihnen die Reserven nicht ganz einheitlich beantragt: beim einen Fall hat man sie beantragt, beim anderen nicht. Die Sachkommission will im Fall des Gönhardschulhauses die Reserven

wieder herausstreichen. Sie stellen fest, dass der Umgang mit den Reserven vielleicht nicht ganz einheitlich ist. Deshalb muss das intern noch einmal genauer angeschaut werden. Im Rahmen einer nächsten Vorlage werden wir Ihnen einen Vorschlag unterbreiten, wie mit den Reserven in Zukunft umgegangen werden soll. Der Kanton pflegt ein bestimmtes Vorgehen. Das wäre eine Möglichkeit, vielleicht gibt es auch noch andere. Wenn die Sachkommission mit ihrem Antrag den Betrag entsprechend kürzen möchte, dann wird es so sein. Am Schluss werden wir sehen, was uns die Ausschreibung bringt. Dementsprechend danke ich Ihnen für die gute Aufnahme des stadträtlichen Antrages.

Marc Dübendorfer, Präsident: Wir werden zuerst den Antrag des Stadtrates dem Abänderungsantrag der Sachkommission gegenüberstellen. Der obsiegende Antrag kommt dann in die Schlussabstimmung. Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zu den

Abstimmungen

Antrag Sachkommission	<i>Der Einwohnerrat möge den Baukredit in der Höhe von Fr. 870'000.-- inkl. MwSt., (Kostengenauigkeit +/- 10 %, zuzüglich allfälliger teuerungsbereinigter Mehrkosten, Kostenstand Schweizerischer Baupreisindex Nordwestschweiz Hochbau, Basis 1. Oktober 2010 = 100 Punkte, 1. April 2013 = 103,2 Punkte) für das Provisorium Kindergarten Gönhard inklusive Mittagstisch bewilligen.</i>	einstimmig
Antrag Stadtrat	<i>Der Einwohnerrat möge den Baukredit in der Höhe von Fr. 915'000.-- inkl. MwSt., (Kostengenauigkeit +/- 10 %, zuzüglich allfälliger teuerungsbereinigter Mehrkosten, Kostenstand Schweizerischer Baupreisindex Nordwestschweiz Hochbau, Basis 1. Oktober 2010 = 100 Punkte, 1. April 2013 = 103,2 Punkte) für das Provisorium Kindergarten Gönhard inklusive Mittagstisch bewilligen.</i>	0 Stimmen

Der Antrag der Sachkommission wird **gutgeheissen**.

Schlussabstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 39 Ja-Stimmen gegen 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen folgenden

Beschluss

Der Baukredit in der Höhe von Fr. 870'000.-- inkl. MwSt., (Kostengenauigkeit +/- 10 %, zuzüglich allfälliger teuerungsbereinigter Mehrkosten, Kostenstand Schweizerischer Baupreisindex Nordwestschweiz Hochbau, Basis 1. Oktober 2010 = 100 Punkte, 1. April 2013 = 103,2 Punkte) für das Provisorium Kindergarten Gönhard inklusive Mittagstisch wird bewilligt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

90. Aufstockung Primarschule Telli; Baukredit

Mit Botschaft vom 11. November 2013 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft den folgenden:

Antrag: *Der Einwohnerrat möge für die Aufstockung der Primarschule Telli einen Verpflichtungskredit von Fr. 4'480'000.-, Kostengenauigkeit +/- 10 %, zuzüglich teuerungsbedingter Mehrkosten seit dem 1. April 2013, bewilligen.*

Hans Fügli, Sprecher der Sachkommission: An ihrer letzten Sitzung hat sich die Sachkommission mit dem Geschäft "Baukredit zur Aufstockung des Tellischulhauses" beschäftigt. Als Auskunftspersonen waren der Ressortinhaber Schule, Stadtrat Lukas Pfisterer, und Herr Andreas Jauch, Leiter Sektion Hochbau, anwesend. Die Auskunftspersonen erläuterten am Anfang, dass sich seit der Zustimmung des Einwohnerrates zur Projektierung nicht viel geändert habe. Die Kostengenauigkeit sei hoch, da schon fast zu allem gute Offerten vorlägen. Die Vorlage komme deshalb auch ohne Reserveposten aus. Zu den wichtigsten Fragen: Die Sachkommission erkundigte sich nach dem Minergie-Eco-Standard. Die Auskunftsperson bedauert, dass eine Teilzertifizierung nicht möglich sei, dass aber darauf geschaut werde, wo immer möglich Minergie-Eco-Standards anzuwenden. Zur Umgebungsgestaltung erhielt die Kommission die Antwort, dass der feuchte Rasenplatz im Norden verschwinde und durch einen Hartplatz aus Kies ersetzt werde, der Boden aber nicht versiegelt würde. Die Sachkommission interessierte sich auch für die geplante Photovoltaikanlage. Hier lautete die Antwort der Auskunftsperson, dass die Planung noch nicht abgeschlossen sei und der Einwohnerrat zu einem späteren Zeitpunkt darüber informiert werde. Aus der Mitte der Kommission kam die Anregung, die Dachfläche ev. einem interessierten Hausbesitzer anzubieten. In der Projektdelegation, in welcher ich mitarbeiten darf, werde ich das noch einbringen. Zu den Platzverhältnissen in den Turnhallen der Telli wurde der Kommission erläutert, dass die HPS noch bis zum Schuljahresende die Turnhalle mitbenutze und dann in andere Turnhallen ausweichen werde. Zum Schluss erwähnte die Auskunftsperson noch, dass gegen das Vorhaben eine Einwendung hängig sei, man aber mit einer Einigung rechnen könne. In der Schlussrunde wurde positiv darauf hingewiesen, dass man dank guter Planung vor 20 Jahren heute davon profitieren könne und nun mit der Aufstockung eine gute Lösung für die Schulraumplanung Telli habe, auch ohne ein Containerdorf aufstellen zu müssen. Die Sachkommission empfiehlt Ihnen einstimmig, diesem Geschäft zuzustimmen.

Therese Dietiker: Die Fraktion Pro Aarau – EVP/EW – GLP stellt sich hinter den beantragten Baukredit für die Aufstockung der Primarschule Telli. Wir finden das Projekt nach wie vor eine gute Sache. Wir können auf die gescheite Planung in den 90er Jahren im wahrsten Sinne des Wortes aufbauen. Unsere Fraktion freut sich natürlich besonders, dass es nun doch möglich ist, ohne Containerschulhaus die notwendige Aufstockung in Angriff zu nehmen. Als wir den Rückweisungsantrag stellten, schien es auch nicht möglich, die Schulräume der wahrscheinlich wegziehenden HPS zu benützen. Auch das geht jetzt: Geplant ist, dass die leer werdenden Schulräume am Nachmittag für Halbklassenunterricht benutzt werden können. Die 650'000 Franken, die wir so nicht ausgeben, machen die zusätzlichen Schulräume um rund einen Siebtel günstiger. Damit wird die Aufstockung so umgesetzt, wie dies in der ursprüngli-

chen Schulraumplanung durch die Metron AG vorgesehen war und im Einwohnerrat auch so positiv bewertet wurde. Aber auch bei dieser Vorlage sind die Kosten nicht wirklich transparent. In der Aktenauflage sollte ein Kostenvoranschlag zu finden sein, wie es hinten in der Vorlage steht. Dieser ist im Inhaltsverzeichnis des Baubeschriebs aufgeführt, aber damit hat es sich mehr oder weniger. Die Kosten sind aber aufgrund der fortgeschrittenen Planung besser nachvollziehbar als beim letzten Geschäft, dem Modulbau Gönhard. Der Terminplan für die Aufstockung ist ehrgeizig. Das neue Projekt wird Umtriebe im Schulbetrieb sowie Lärm und Staub mit sich bringen. Dies wäre auch mit dem provisorischen Containerschulhaus neben dem Schulhaus der Fall gewesen. Wir danken den Lehrkräften, Kindern und Eltern dafür, dass sie sich auf dieses Experiment einlassen und der Schulleitung für die herausfordernde Organisation von Projektwochen, Stundenplanänderungen usw. Die Fraktion Pro Aarau – EVP/EW – GLP stimmt der Aufstockung zu und hofft, dass Sie dies auch tun.

Christian Oehler: Für die FDP-Fraktion war die Photovoltaikanlage ein wichtiges Thema. Wir möchten die Idee nicht grundsätzlich infrage stellen, aber auf der Seite 8 der Vorlage steht: "Die Realisierbarkeit der Photovoltaikanlage wird geprüft..." Heute hören wir bereits von einem Planungsstand. Jetzt stellt sich die Grundsatzfrage, wie viele Planungskosten hier schon verbraucht worden sind. Wir wissen alle, dass die Energiepreise unter Druck kommen werden. Der Strommarkt wird liberalisiert und Billigstrom kommt nach Europa. Die Schweiz muss ihre Strompreise nach unten anpassen. Lohnt es sich dann, auch in Anbetracht der immer kleiner werdenden Einspeisevergütungen, eine solche Anlage zu bauen oder ist sie dann mehr etwas fürs Image? Für uns stellt sich die Frage, wie weit der Planungsstand schon fortgeschritten ist. Wie viele Planungskosten sind schon aufgewendet worden? Könnten diese Fragen zum Projekt nicht vorgängig mit einer Voranalyse beantwortet werden, bevor man da gross in eine Detailplanung einsteigt?

Heinz Suter: Die SVP-Fraktion hat, wie man weiss, den Rückweisungsantrag an der Einwohnerratssitzung vom 17. Juni 2013 abgelehnt. Wir waren der Meinung, dass es die Container brauchen würde. In der Zwischenzeit durfte ich in der Projektdelegation des Schulhausumbaus mitarbeiten. Das hat mir einen sehr tiefen Einblick in das Projekt gegeben und auch etwas meine Vorstellungen dazu geändert. Klar ist unseres Erachtens der Umbau im laufenden Betrieb für alle Beteiligten eine grosse Herausforderung, sei es für die Schüler, Lehrer, aber auch für die Baufachleute. Trotzdem sind wir zum Schluss gekommen, dass der nun eingeschlagene Weg "Umbau im laufenden Betrieb" gut realisierbar ist. Die Bauphasen sind gut geplant und haben wenig kritische Berührungspunkte mit dem Unterricht, da der Unterricht teilweise ausgelagert werden kann und zusätzliche Räume zur Verfügung stehen. Wenn alle die geplanten Vorgaben einhalten, wird der Umbau ohne grössere Einschränkungen über die Bühne gehen. Zum andern sind wir natürlich auch sehr erfreut, dass die Containermiete wegfällt und auch das ganze Projekt um über eine halbe Mio. Franken günstiger geworden ist. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass das Projekt gut aufgegleist ist und wird dem Antrag des Stadtrates einstimmig zustimmen.

Lukas Pfisterer, Stadtrat: Ich danke Ihnen auch hier für die gute Aufnahme der Vorlage. Es wird ein ehrgeiziges Projekt sein, sowohl zeitlich als auch inhaltlich. Die heutige Ausgangslage ist so, dass die Aufstockung unter Betrieb stattfinden wird. Es ist nicht ganz so, dass Lärm und Staub gleich sein werden wie bei der Containerlösung. Das Schulhaus wird eben nicht geräumt und der Unterricht wird weiter stattfinden. Man versucht, die beiden Sachen so gut wie möglich aneinander vorbeizubringen. Da wir mittlerweile auf die Schulanlage der HPS zurückgreifen können, haben wir hier eine gewisse Entlastung erfahren. Ich muss da nicht

länger darüber sprechen. Einwohnerrat Heinz Suter hat im Wesentlichen darauf hingewiesen, dass es so machbar ist. Es sind alle gefordert: Kinder, Lehrpersonen und die Schulleitung, welche den Betrieb letztlich organisieren muss. Bei der Photovoltaikanlage geht es darum, dass genau die Abklärung Kosten/Nutzen gemacht wird. Das ist ja auch in der Projektdelegation gefragt worden. Es handelt sich nicht um ein eigentliches Projekt, sondern um eine Anfrage beim Lieferanten, was eine solche Anlage für diese Quadratmeterzahl kosten würde und was sie langfristig bringen könnte. Es geht um die Wirtschaftlichkeit der Anlage. Es handelt sich also nicht um eine eigentliche Projektstudie oder Detailplanung, sondern um Abklärungen, welche jeder Grundeigentümer auch macht, bevor er in eine solche Anlage investiert. Die eigentliche Investition werden wir Ihnen dann ebenfalls beantragen. Heute geht es nur um die Idee. Weil der Abklärungsstand noch nicht soweit fortgeschritten ist, konnten wir es Ihnen noch nicht in Franken und Rappen beziffern. Die gewünschten Informationen konnten wir Ihnen deshalb auch noch nicht geben. Darüber wird der Einwohnerrat dereinst noch entscheiden können. Das dürfte ungefähr im nächsten Frühling der Fall sein.

Marc Dübendorfer, Präsident: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Für die Aufstockung der Primarschule Telli wird ein Verpflichtungskredit von Fr. 4'480'000.-, Kostengenauigkeit +/- 10 %, zuzüglich teuerungsbedingter Mehrkosten seit dem 1. April 2013, bewilligt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

91. Rolling Rock Neumattstrasse 26 - Die Sport- und Freizeitstätte in der Telli: Antrag für einen Finanzierungsbeitrag

Mit Botschaft vom 4. November 2013 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft den folgenden:

Antrag: *Der Einwohnerrat möge für das Projekt "Sport- und Freizeitstätte in der Telli" einen Finanzierungsbeitrag von total 2,23 Mio. Franken, davon 1,12 Mio. Franken als zinsloses, nicht rückzahlbares Darlehen und 1,11 Mio. Franken als rückzahlbares, verzinstes Darlehen, genehmigen.*

Heinz Suter, Sprecher der Sachkommission: Das Geschäft "Sport- und Freizeitstätte in der Telli" wurde von der Sachkommission an ihrer letzten Sitzung beraten. Als Auskunftspersonen standen uns Stadtrat Carlo Mettauer, Daniel Müller, Leiter Liegenschaften, und Niklaus Tschan, Fachstelle Sport, zur Verfügung. In der Einleitung hat eine Auskunftsperson die gute Integration und Aufbauarbeit, welche das Rolling Rock seit 16 Jahren in Aarau leistet, erwähnt. Mit der Abstimmung Torfeld Süd (Stadionneubau) sei dem Stimmbürger die Mantelnutzung resp. ein Ersatzangebot für Sportaktivitäten vorgelegt und vom Stimmvolk angenommen worden. Vor rund zwei Jahren habe der Einwohnerrat dem Antrag des Stadtrats zugestimmt, auf die Mantelnutzung zu verzichten und für Rolling Rock, Beachvolleyball und den BTV eine andere Lösung zu suchen. Ein Gesuch des Rolling Rock für einen Finanzierungsbeitrag der Stadt an ein Neubauprojekt im Torfeld Nord wurde von der Stadt unterstützt. Unter Auflagen wurden 2,7 Mio. Franken in Aussicht gestellt. Aus Vorkaufsrechtsgründen einer anderen Partei musste auf das Projekt verzichtet werden. Durch Kündigung der Mietverträge im Torfeld Süd auf den Sommer 2014 seien Rolling Rock und Beachvolleyball unter Druck gekommen. Die nun beantragte Lösung sei aber die bessere und ermögliche mit Rolling Rock ein pragmatisches Vorgehen. Der Ersatzstandort sei günstiger, diese Chance gelte es zu nutzen. Im Politikplan 2013-2017 sei für die Realisierung des Projektes im Torfeld Nord ein Betrag von 2,7 Mio. Franken eingestellt worden. Das neue Projekt in der Telli würde im Vergleich mit dem Torfeld Nord aber einiges günstiger. Das Gesamtprojekt sei um 0,5 Mio. Franken und der Teil des nicht rückzahlbaren Darlehens sogar 1,6 Mio. Franken günstiger. Auf die Frage, weshalb und für wieviel die Stadt die Halle in der Telli gekauft habe, antwortete die Auskunftsperson, dass der Baurechtsnehmer die Liegenschaft nicht mehr brauchte. Deshalb habe die Stadt die Chance genutzt und 1,08 Mio. Franken investiert. Der Kauf sei vor dem Entscheid erfolgt, die Halle allenfalls der Kultur zur Verfügung zu stellen. Das bedeute, dass die Rücknahme nicht wegen Rolling Rock erfolgt sei. Auch eine gewerbliche Nutzung wäre möglich gewesen. Aus der Kommission wurde argumentiert, dass gemäss Unterlagen nur die Mindestvorschriften des Baustandards eingehalten worden seien. Es mache den Anschein, dass wenig in Bezug auf die Energie gemacht werde. Gemäss Auskunftsperson seien alle rechtlichen Mindestvorgaben vollumfänglich eingehalten und für den vorgesehenen Zweck würden die baulichen Massnahmen vollumfänglich genügen. Die Kosten, welche mit einer besseren Dämmung verbunden seien, wären relativ hoch zur Einsparung, zumal hier ein Mieterausbau durch Rolling Rock erfolge. Dazu gehört auch die Wärmedämmung. Als Sportstätte genügen 17 Grad vollkommen. Es handle sich hier auch um eine Interessenabwägung.

Die Stadt unterstütze Private im Sportbereich. Wenn die Kosten aber zu hoch sind, kann Rolling Rock diese nicht mehr tragen. Auf die Frage, was passiere, wenn Rolling Rock aufhören würde, antwortete die Auskunftsperson, dass in diesem Fall die Halle einem neuen Mieter vermietet würde. Der Gegenwert von 1 Mio. Franken sei im Gebäude verbaut und würde an die Stadt zurückgehen. Die Kommission wollte auch wissen, wer Bauherr sei. Gemäss Auskunftsperson ist das ganz klar nicht die Stadt, sondern Rolling Rock. Die Stadt stelle die Projektorganisation sicher, dass die Interessen der Stadt gewahrt würden. Herr Eichenberger müsse sich bewusst sein, dass von der Stadt kein zusätzliches Geld fliessen werde. Gemäss Vorlage wird das Objekt von Rolling Rock gemietet, es sind aber keine Mieteinnahmen ausgewiesen. Und wie wird die Vertragsdauer des Mietverhältnisses aussehen? Gemäss Auskunftsperson seien jährliche Mieteinnahmen von 105'000 Franken vorgesehen. Dies sei noch nicht dokumentiert, weil noch kein Mietvertrag unterschrieben sei. Wegen der Amortisationsdauer von 10 Jahren werde eine möglichst lange Mietdauer angestrebt. Aus der Kommission wird gefragt, ob der Beachvolleybetrieb in Untermiete von Rolling Rock vorgesehen sei. Beachvolley und Rolling Rock seien heute in verschiedenen Hallen untergebracht. Die Stadt habe Rolling Rock eine Auflage gemacht, dass Beachvolley ebenfalls in der Halle Platz erhalte. Beachvolley werde 24'000 Franken Miete pro Jahr an Rolling Rock bezahlen. Die Kommission stellte in Bezug auf Punkt 3.2 der Botschaft fest, dass der Stadtrat die Förderrichtlinien gemäss Sportkonzept wegen des vorliegenden Projekts anpasst. Muss nun davon ausgegangen werden, dass das bei künftigen Projekten auch so sein wird? Bereits beim Projekt Torfeld Nord (Max Kuhn-Areal), welches der Skateclub eingegeben hatte, wollte der Stadtrat die Förderrichtlinien so ausgestalten, dass eine grössere finanzielle Sicherheit gewährleistet werden kann bei der Vergabe von Darlehen. Mit der Gewährung des Darlehens schaffe man ein Präjudiz, meinte die Kommission. Sie wollte wissen, ob schon solche Darlehen gewährt wurden und an wen. Die Auskunftsperson zählte einige Institutionen auf, wie z.B. den Kavaliererverein (Reithalle im Schachen) oder den Tennisclub, welchem auch ein Kredit in Aussicht gestellt worden war. Es sei nicht korrekt, dass man ein Präjudiz schaffe, da alle Gesuche um Finanzierungsbeiträge anhand der Förderrichtlinien beurteilt und bis max. 1/3 der Anlage summe unterstützt werden. Die Kommission wollte wissen, wer eigentlich Vertragspartner sei, der Verein Speedclub oder die Rolling Rock AG. Der Vertragspartner sei die Rolling Rock AG als Trägerin der neuen Halle. Der Stadtrat vertritt die Meinung, dass die Sicherstellung eines Darlehens gegenüber einer Aktiengesellschaft besser gewährleistet ist, als bei einem Verein. Deshalb braucht es auch die Anpassung der Richtlinien durch den Stadtrat in diesem Punkt. Die Kommission stellte die Frage, weshalb die Beachhalle vollumfänglich von der Stadt zu tragen sei und nicht auch vom Kanton oder anderen Interessierten mitfinanziert werden könnte. Die Auskunftsperson erklärte, dass mindestens 200'000 Franken für das Gesamtkonzept vom Kanton einfließen würden. Dieser Betrag werde sogar mit grosser Wahrscheinlichkeit höher ausfallen. Gemäss Auskunftsperson liege eine schriftliche Zusage vom Kanton vor. Bis zum Betrag von 200'000 Franken sei die Kantonale Sportkommission befugt, Gutsprache zu leisten. Ab 200'000 Franken sei ein Gesuch des Regierungsrates an den Swisslos Sportfonds nötig. Antragsteller für den Beitrag werde die Stadt sein, nicht Rolling Rock. Es werde damit dokumentiert, dass es sich um ein städtisches Projekt mit grossem finanziellem Engagement handle. Dies sei vom Kanton auch so empfohlen worden. In der Schlussrunde ist dann folgendermassen argumentiert worden: Die Sicherheitsargumente für die Zusicherung eines Finanzierungsbeitrages an die Aktiengesellschaft überzeuge. Die Finanzlage könne verkräftet werden, da ein Teil zurückkomme. Die Kosten seien grundsätzlich sympathisch, doch gebe man einer Aktiengesellschaft einen Betrag à-fonds-perdu, ohne dass etwas zurückkomme. Das sei störend und die Finanzierung mit 1 Mio. Franken schaffe Präjudiz. Es sei aber gut, dass etwas als Gegenleistung zur verlorenen Mantelnutzung angeboten werde. Es

bestehe aber trotzdem ein gewisses Unbehagen: Wer hat die Zügel in der Hand? Wir finanzieren den Betrieb zu guten Konditionen. Wie kann reagiert werden, wenn Probleme entstehen? An sich wird die Institution als gut befunden, doch können einige diese lausige Energietechnik nicht verstehen, die Halle gehöre doch der Stadt. Das sei nicht verständlich und deshalb schade. Zum Bauvorhaben selber bestehen keine Zweifel. Das Rolling Rock sei sehr innovativ. Hier könne schnell vorwärts gemacht werden, ein normales Verfahren ginge viel länger. Die komplizierte Zusammenarbeit allerdings gebe ein etwas unsicheres Gefühl, die Stadt schlüpfe hier in viele Rollen. Gelobt wurde dann auch die Arbeit des Rolling Rock. Hier wird Jugendförderung betrieben und es werden Arbeitsplätze geschaffen. Zudem bildet Rolling Rock auch Lehrlinge aus. Bis jetzt waren es bereits 10 Lehrlinge. Insgesamt fand man es eine gute Sache. Dieses Projekt könne unterstützt werden. Die Kommission empfiehlt dem Einwohnerrat einstimmig, für das Projekt "Sport- und Freizeitstätte in der Telli" einen Finanzierungsbeitrag von total 2,23 Mio. Franken, davon 1,12 Mio. Franken als zinsloses, nicht rückzahlbares Darlehen und 1,11 Mio. Franken als rückzahlbares, verzinstes Darlehen, zu genehmigen.

Martina Suter: Das Angebot des Rolling Rock wird geschätzt. Wir begrüßen sehr, dass nach einer Lösung für den weiteren Verbleib in Aarau gesucht worden ist. Die Vorlage gab jedoch Anlass zu sehr intensiven Diskussionen in unserer Fraktion. Beginnen wir mit den positiven Punkten: Die Förderung dieser in Aarau bereits bestehenden, beliebten Mischung verschiedener Sportarten ist erwünscht. Auch wenn sich die Besucherzahlen in den letzten Jahren rückläufig entwickelt haben, so sind wir der Meinung, dass dieser Trend mit einem breiteren Angebot wieder ins Positive gedreht werden kann. Das Gebäude an der Neumattstrasse gehört der Stadt und steht leer. Die Nutzung dieser Liegenschaft durch eine innovative Unternehmung ist sinnvoll. Zudem ist die Lage optimal und gut erreichbar mit dem ÖV. Wenn ein Privater den Ausbau selber vornimmt, entfällt der Projektierungskredit, die Entscheidungswege sind kürzer und es ist davon auszugehen, dass nicht die teuersten Ausbauvarianten zum Zuge kommen. Mühe bereitet haben uns aber einige Punkte. 1. Die Erwartungshaltung: In den Anträgen des Stadtrates an den Einwohnerrat im Jahre 2007 war nie die Rede davon gewesen, dass das Rolling Rock Teil der sportlichen Mantelnutzung sein solle. Man sprach lediglich von Synergieeffekten. Weil der Betrieb der Sportanlagen des Rolling Rock allein nicht kostendeckend sei, war ein Mietvertrag zwischen dem Rolling Rock und dem Investor für eine zusätzliche Verkaufsfläche von 3000 m² vorgesehen. Nachdem die Rolling Rock AG entschieden hatte, den Standort Torfeld Süd nicht weiter in Betracht zu ziehen, hat der Stadtrat im Finanzplan die Summe von 2,7 Mio. Franken eingesetzt. Auch wenn der Einwohnerrat auf diesen geplanten Kredit keinen Einfluss hat, da er den Investitionsplan ja nur zur Kenntnis nehmen kann, ist von Seiten des Stadtrates zu Gunsten der Rolling Rock AG eine berechnete Erwartungshaltung aufgebaut worden. Eine entsprechende Erwartungshaltung wird nun aber auch bei anderen Sportvereinen geschürt. Der Tennisclub beispielsweise wird sich freuen, wenn auch er einen so grosszügigen Zustupf für seine Anlagen erhalten wird. Ein Gesuch wird bestimmt nicht lange auf sich warten lassen. 2. Die Finanzierung: Der Ausdruck "zinsloses Darlehen, das nicht rückzahlbar ist", ist reine Begriffsakrobatik. Hier geht es klar um eine Schenkung von 1,12 Mio. Franken oder, weniger pointiert formuliert, um einen Förderbeitrag. Grundsätzlich ist der Förderbeitragsgedanke ein wesentlicher Pfeiler des Sportkonzepts und daher als solcher nicht zu kritisieren. Ob auch gewinnorientierte Firmen unter dem Mantel der Sportförderung von der Stadt in dieser Grössenordnung unterstützt werden sollen, ist fraglich. Wir halten uns an die Zusage vom heute noch zuständigen Stadtrat Carlo Mettauer, dass die jährlichen Beiträge der Stadt – heute stattliche 50'000 Franken und ab nächstem Jahr 70'000 Franken – gekürzt oder gar gestrichen würden, sobald die finanzielle

Lage der Rolling Rock AG etwas entlastet sei. Das verzinste Darlehen von 1,11 Mio. Franken muss ja innert 10 Jahren zurückbezahlt sein. Danach verbessert sich die Finanzlage der Rolling Rock AG massiv, da keine Schulden mehr bestehen. Spätestens dann erwarten wir, dass die Stadt keine Beiträge mehr ans Rolling Rock ausrichtet. 3. Unterstützung einer gewinnorientierten AG, die zu 100% zwei Einzelpersonen gehört: Wie bereits erwähnt, handelt es sich hier nicht um einen Sportverein im klassischen Sinn. Eine grosszügige, städtische Unterstützung fliesst in eine gewinnorientierte AG. Wo ist da die Freiwilligenarbeit, die bei unseren anderen Sportvereinen einen sehr grossen Teil des Aufwandes abdeckt? Unzählige Trainer, Helfer, Vorstandsmitglieder und Funktionäre setzen sich ehrenamtlich für das sportliche Wohl ein. Jeder Aarauer Sportverein muss zudem mit grossem Aufwand und Einsatz Jahr für Jahr auf die mühsame Suche nach Sponsoren gehen, ohne deren Geld der Betrieb nicht aufrecht erhalten werden könnte. Und was ist der ehrenamtliche Beitrag der Rolling Rock AG? Was ist mit der Sponsorensuche? In der Aktenaufgabe fanden wir keine Aussagen dazu. 4. Ein Mitglied der Sportkommission ist zugleich Beitragsempfänger: Erst vor einem Monat, für die letzte Einwohnerratssitzung, habe ich einen Antrag zugunsten zweier grosser Sportvereine eingereicht. Im Vorfeld habe ich etliche, persönliche Rückmeldungen bekommen, dass das Begehren unterstützungswürdig sei, aber wegen familiärer Verbindungen von mir leider abgelehnt werden müsse, obwohl mein Sohn in einer Mannschaft spielt, die sowieso nicht in den Genuss eines Beitrags gekommen wäre, da er im Leistungssport aktiv ist. Und welche Situation haben wir heute vor uns? Ein langjähriges Mitglied der Sportkommission wird über das selber mitgestaltete Sportförderungskonzept zum wohl grössten Beitragsempfänger seit der Einführung des Konzeptes. Wir hätten erwartet, dass der Kommissionspräsident oder Herr Eichenberger selber bereits vor 2 Jahren, als die Mantelnutzung im Torfeld Süd ein Thema war, die Konsequenzen gezogen hätte und Herr Eichenberger aus der Sportkommission ausgetreten wäre. Ich werde in der nächsten Budgetdebatte also erneut Anträge für die Unterstützung förderungswürdiger Sportvereine einbringen und werde Sie dann höflich an den heutigen Abend erinnern, wenn mir die familiäre Nähe negativ angelastet werden sollte. 5. Das Vorgehen: Wir hätten uns eine transparentere Vorbereitung der Vorlage gewünscht. In der Aktenaufgabe waren leider nur wenige aussagekräftige Dokumente einsehbar. Die Erträge der Rolling Rock AG waren z.B. nur bis ins Jahr 2006 ausgewiesen. Die Besucherzahlentwicklung der letzten Jahre, ein Vergleich mit anderen Zentren oder die künftigen Mieteinnahmen vom Tanzstudio waren allesamt nirgends aufgeführt. Nicht einmal ein Geschäftsabschluss der Rolling Rock AG war zu finden. Dies ist schon etwas speziell. Da aber die Zeit drängt, können keine alternativen Projekt- und Finanzierungsmöglichkeiten mehr geprüft werden. Uns bleibt eigentlich nur noch Ja und Amen zu sagen, wenn wir dieses Alternativsportangebot weiterhin in Aarau stationiert haben wollen. Trotz unschöner Teilaspekte der Vorlage, wird die FDP-Fraktion dem Antrag zustimmen. Wir wollen konstruktiv zu einer Lösung fürs Rolling Rock beitragen.

Alexander Umbricht: "Für die einen ist es Duplo, für die anderen die wahrscheinlich längste Praline der Welt." Dank viel Engagement ist in den letzten 1,5 Jahrzehnten im Torfeld Süd eine interessante Anlage aufgebaut worden. Eine Anlage, die in Aarau und der Umgebung nicht nur fest verankert ist, sondern auch wesentlich zur Vielfalt des städtischen Sportangebotes beiträgt, wie es auch in der Vorlage heisst. Diese Anlage hat einen Namen: Rolling Rock. Und offensichtlich entscheiden wir heute über ihre Zukunft. Aus Sicht der Fraktion, die ein letztes Mal vorne links sitzt, gilt es folgendes zu bedenken: 1. Das Rolling Rock bietet einen Mehrwert für Aarau und speziell für die Aarauer Jugend. 2. Das in den Ausbau investierte Geld bleibt mit dem daraus resultierenden Mehrwert der Stadt in jedem Fall erhalten. 3. Bei der Abstimmung zum Fussballstadion hat man den Aarauerinnen und Aarauern das Weiterbe-

stehen des Rolling Rocks versprochen. Das hat dem Fussballstadion einige zusätzliche Ja-Stimmen gebracht. Halten wir bitte Wort. Es mag sein, dass die Vorlage im Jahre 2007 ganz wenig anders gelautet hat, aber ich bin ganz sicher, dass es in den Köpfen der Bevölkerung klar diese Verknüpfung gegeben hat. Wenn wir das jetzt anders machen, brechen wir sozusagen das Wort. 4. Es ist für eine Energiestadt mit klar definierten Energiezielen fragwürdig, bei einer eigenen Liegenschaft nur minimal zu isolieren. Wir bitten den Stadtrat, nochmals zu prüfen, ob mit wenig Mehraufwand nicht viel mehr Energie gespart werden könnte. Zu definieren, wer jetzt da genau wofür zuständig wäre, ist bei einer insgesamt sehr pragmatischen Lösung fast ein wenig müssig. 5. Eine Beachhalle bekommen wir mit dem gleichen Kredit auch gerade noch. Auch die wurde bereits mit dem Fussballstadion versprochen. Kritisch wird von verschiedener Seite bemerkt, dass das relativ neue Sportkonzept extra für das Projekt angepasst werden muss. Auch andere Punkte, mit welchen ich mich einverstanden erklären kann, sind sicher alles andere als optimal. Andererseits könnte man auch von "lösungsorientiertem Pragmatismus" reden. Anders formuliert: "Für die einen ist es eine Regelverletzung, für die anderen die pragmatischste Lösung seit langem." Werte Anwesende, vergessen wir trotzdem nicht: In beiden Fällen handelt es sich um Schokolade bzw. eine gute Sache für unsere Jugend. In dem Sinne stimmen wir dem Kredit zu und hoffen, Sie machen das auch.

Lukas Häusermann: Die CVP-Fraktion ist froh, dass die Stadt dem Rolling Rock und damit den Skatern, den Beachvolleyballern, den Sportkletterern und den Breakdancern einen neuen Standort bieten kann. Die CVP will ein Angebot für diese Sportarten, weil sie nicht nur in der Freizeit ausgeübt werden, sondern auch eine willkommene Abwechslung im Sportunterricht der Schulen darstellen und die polysportive Entwicklung der Schülerinnen und Schüler unserer Stadt unterstützen. Es freut uns auch, dass wir im Bereich Beachvolleyball sogar zu einem Stützpunkt im Kanton werden könnten. Die Halle an der Neumattstrasse liegt zwar nicht ganz so zentral, wie das Torfeld Süd, ist aber mit dem ÖV und auch für den Privatverkehr gut erschlossen. Insgesamt ist das also eine zufriedenstellende Alternative für die bisherigen Räumlichkeiten. Ein Wermutstropfen ist der hohe Finanzierungsbedarf durch die Stadt Aarau. Wir wünschen der Stadt und dem Rolling Rock, dass die Anlage Anklang findet und so diese Finanzierung in den vorgesehenen Fristen reduziert und ein angemessener Mietzins für die Halle ohne Förderbeiträge bezahlt werden kann. Und wenn ich noch einen letzten Wunsch so kurz vor Weihnachten anbringen darf, dann diesen, dass die Schnittstellen und Rollen der verschiedenen Partner möglichst genau definiert werden, sodass wir in einem Jahr oder zwei sagen können, die Befürchtungen seien unbegründet gewesen. In diesem Sinne stimmt die CVP-Fraktion dem Antrag des Stadtrates zu.

Markus Hutmacher: Ich muss sagen, in den 5 Jahren, in welchen ich nun in diesem Rat bin, habe ich noch nicht viele so zwiespältige Vorlagen wie diese hier gesehen. Ich möchte sagen, dass es mir nicht um Kritik an Personen geht, welche jetzt dann austreten, sondern darum, dass diese Sachen in Zukunft anders aufgegleist werden. Aus meiner Sicht ist dieses Projekt wirklich übel in Bezug auf die Sportförderung und schadet dem ganzen Konzept. Ich möchte vorausschicken, dass auch wir das Rolling Rock als eine einmalige und tolle Institution anschauen. Wir finden es gut, was dem Zielpublikum geboten wird und können voll dahinter stehen, was dort gemacht wird. Für uns ist das aber eine intransparente, fast schlaumeierische Vorlage, welche uns da serviert wird. Es gibt drei Hauptgründe, welche uns an der Vorlage stören: Es gibt weder rechtlich, noch moralisch irgendeine Finanzverpflichtung für Aarau. Wir haben das schon einmal bezahlt. Wir haben mit dem Sportverkauf der HRS einen riesigen Verdienst ermöglicht. Die Sportverkaufsflächen, welche wir wirklich zusätzlich gesprochen haben, sind nach wie vor im aufliegenden Stadionprojekt enthalten. Wenn man davon aus-

geht, dass man 200-250 Franken pro Quadratmeter Ladenfläche bezahlt, so kann gesagt werden, dass wir einer privaten Firma rund 400'000 bis einer halben Million Franken pro Jahr einfach als Zusatzgewinn ermöglichen. Gemäss unserer Überzeugung müsste man, wenn das Stadion so bewilligt und gebaut wird, zwingend die heute gesprochenen Beträge von HRS zurückfordern. Es geht nicht so, denn das ist wirklich eine Privatisierung des Gewinnes und eine Sozialisierung der Kosten. Martina Suter hat das andere, wirklich grosse Problem bereits angesprochen, das wir sehen und uns stört: Aus unserer Sicht lebt eine solche Kommission für Förderung vom Vertrauen und der Glaubwürdigkeit. Es geht wirklich nicht, was hier passiert ist. Für uns ist auch ganz klar, dass Simon Eichenberger vor zwei Jahren, als man ihm die Zusage gegeben hat, aus der Sportkommission hätte zurücktreten müssen. Es geht nicht darum, dass wir denken, es sei nicht sauber gearbeitet worden oder er habe Vorzüge erhalten. Wir glauben ihm und auch der Kommission, dass alles korrekt abgelaufen ist. Aber es ist doch so, dass bei solchen Funktionen nicht die Innen-, sondern die Aussenwahrnehmung entscheidend ist. Was wir hier machen, ermöglicht jedes Präjudiz. Jeder Verein kann jetzt fragen, wieso Herr Eichenberger die Gelder erhalte und ein anderer aber nicht, wenn ein Gesuch abgelehnt wird. Es ist wirklich so, und das möchte ich noch einmal betonen, dass sich die Verantwortlichen der Stadt extrem bewusst sein müssen, dass nicht entscheidend ist, was intern läuft, sondern wie es aussen wahrgenommen wird. Diese Vorlage ist wirklich so, dass man das Gefühl haben könnte, hier hätte etwas gemauschelt werden können. In der Vorlage erwähnt man stolz, wie günstig die Anlage jetzt sei. Man erwähnt so ganz nebenbei, dass die Liegenschaft in diesem Jahr gekauft worden ist. Es lässt sich aber keine einzige Aussage darüber finden, zu welchem Zweck man sie gekauft hat und zu welchem Preis. Wenn man sich dann schon so stolz auf die Schultern klopft und sagt, dass es soviel billiger sei, dann gehört doch wenigstens ausgewiesen, was es gekostet hat, denn das ist ein Bestandteil dieses Projektes. Als weiteren Punkt sehen wir folgendes: Das Rolling Rock kann scheitern. Es ist wirklich so, dass das Rolling Rock gleich Simon Eichenberger bedeutet. Was passiert mit dieser Anlage, wenn ihm etwas zustösst? Hat man ein Nutzungskonzept für diese Halle erstellt? Hat man z.B. überprüft, wie man sie nutzen könnte, wenn ein neuer Mieter gesucht werden müsste? Ich habe die Pläne gesehen. Man hat z.B. mitten im Gebäude Garderoben-, Sanitär- und Treppenanlagen geplant. Wenn man im schlechtesten Fall, z.B. in fünf Jahren, etwas verändern müsste, hat man dort Layoutentscheidungen getroffen, welche für Simon Eichenberger gut, für die Stadt als Eigentümerin aber sicher nicht richtig sind. Es würde mich interessieren, ob man z.B. überlegt hat, was man mit dem Unihockey, dem Basketball oder auch dem Tennis machen würde, wenn etwas passiert. Für mich ist das ganze Finanzierungskonzept unlogisch, also quasi das Pferd von hinten aufgezäumt. Es hat nichts mit Pragmatismus zu tun. Die Stadt kauft ein Haus und dieses Haus gehört dann der Stadt. Wenn man es vermietet, ist man dafür verantwortlich, dass nicht der Mieter die Gebäudehülle und -technik sanieren muss. Man hätte auch im Torfeld Süd einen edlen Rohbau vermietet. Es ist aber unsere Aufgabe als Stadt zu definieren, was mit diesem Haus passiert. Das hätte nämlich auch für Simon Eichenberger einen Vorteil: Es ist wirklich absurd, dass wir ihm eine gute Million Franken schenken und er gleichzeitig für uns eine Aufgabe erfüllt. Es wäre unsere Aufgabe, dieses Gebäude zu sanieren und ihm dann saniert zu vermieten. Unser Ansatz wäre höchstens bei einem finanzstarken Mieter vertretbar, welcher einen ganz günstigen Mietzins haben möchte, aber alles andere selber definieren würde. Die Stadt Aarau steht doch aber als Energiestadt in der Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass das Haus nicht nur den minimalsten Energieansprüchen genügt, sondern allen entspricht. Man konnte lesen, dass eine Wärmepumpe geplant ist. Interessant wäre dort unten allenfalls ein Wärmeverbund mit der ARA. All diese Fragen sind nicht beantwortet. Wir haben uns überlegt, ob wir eine Rückweisung beantragen sollen. Das Terminproblem stellt sich aber auch hier wieder und deshalb verzichten wir darauf. Wir haben wirk-

lich einen Zwiespalt: Wir haben uns entschieden, uns bei der Abstimmung zu enthalten. Wir möchten, dass unsere Enthaltung so verstanden wird: Wir sind dafür, dass man Rolling Rock hilft, diese Anlage aufzubauen, aber diese Vorlage ist für uns so schlecht, dass wir Nein sagen möchten und deshalb enthalten wir uns der Stimme. Wir möchten der Stadt wirklich empfehlen, noch einmal die Entflechtung der Finanzierungen anzuschauen. Es könnte sein, dass es sogar etwas mehr kosten würde, aber wenn dieses Projekt falliert, haben wir das grösste Durcheinander, und das möchte ich niemandem zumuten.

Marc Bonorand: Das Rolling Rock besteht bereits seit 16 Jahren und hat seinen Platz in Aarau gefunden. Herr Eichenberger und sein Team leisten seit vielen Jahren hervorragende Arbeit und das Rolling Rock hat eine Ausstrahlung weit über die Stadtgrenzen hinaus. Dass das Rolling Rock weiter bestehen und auch in Aarau bleiben soll, ist in der SVP-Fraktion unbestritten. Herr Eichenberger hat, soweit wir das beurteilen können, seinen Laden im Griff, er hat Arbeitsplätze geschaffen, bildet Lehrlinge aus und betreibt Jugendförderung. Als Unternehmer ist er sich zudem gewohnt, jeden Franken zweimal umzudrehen, bevor er ihn ausgibt. Aus diesem Grund sind wir auch überzeugt, dass es hier kein Luxusprojekt gibt, sondern nur das Nötigste investiert wird. Dass die Rolling Rock AG für die Umsetzung der baulichen Massnahmen verantwortlich ist, finden wir gut. Läge die Bauherrschaft auf Seiten der Stadt, käme uns das wohl viel teurer zu stehen. Weil es sich hier beim Darlehen aber um einen sehr hohen Betrag handelt, ist eine Begleitung und Kontrolle durch die Stadt trotzdem gewünscht. Dass die Stadt nach dem Nein zur polysportiven Mantelnutzung im Torfeld Süd 2011 für die drei betroffenen Parteien nach Lösungen gesucht und nun für zumindest zwei davon eine gefunden zu haben scheint, begrüssen wir ebenfalls. Die Nutzung dieser Liegenschaft in der Telli für den Zweck erachten auch wir als sinnvoll und der Standort dort ist gut. Uns stört aber an dieser Vorlage, dass bis heute kein offizieller Vertrag vorliegt. Wir finden es speziell, hier zu einem Geschäft Ja zu sagen, ohne dass wir die vertraglichen Details genau kennen. Auch sonst fehlen in der Botschaft und der Aktenaufgabe einige wichtige Infos, wie z.B. ein Businessplan für die nächsten Jahre. Einige Zahlen hat man zwar in der Kommission oder auf anderen Wegen in Erfahrung bringen können, es hätten aber durchaus mehr Information in diese Vorlage gehört, um sich ein abschliessendes Bild machen zu können. Es macht ein wenig den Anschein, also wolle man alles wegen des bestehenden Zeitdrucks einfach noch schnell durchwinken. Man hat hier unter dem zeitlichen Druck eine eher komplizierte Lösung gefunden. Die ganze Finanzierung hätte man wohl auch einfacher aufgleisen können. Wir sind der Ansicht, was ebenfalls erwähnt, in der Sachkommission aber zwar verneint worden ist, dass man mit diesem Vorgehen ein Präjudiz schafft und andere Vereine auf den Plan ruft, die mit ähnlichen Anliegen und Ansprüchen auf die Stadt zukommen könnten. Man hat mit diesem Projekt sicher neue Erwartungen geweckt. Auch der Begriff "zinsloses Darlehen" ist hier wohl nicht ganz richtig. Eigentlich handelt es sich hier ja eher um eine Investition in eine Sportstätte, als um ein Darlehen. Wir hatten an unserer Fraktionssitzung eine rege pro und contra Diskussion und stehen dem Projekt auch sehr kritisch gegenüber. Trotzdem findet eine Mehrheit das Gesamtprojekt unterstützungswürdig. Unsere Fraktion wird den Antrag des Stadtrates deshalb mehrheitlich unterstützen.

Marc Bachmann: Mit der Streichung der polysportiven Mantelnutzung im Torfeld Süd durch den Einwohnerrat ist bedauerlicherweise der Breitensport aus dem Projekt rausgefallen. Nicht zuletzt diese polysportive Nutzung war aber für viele Stimmbürger ein Grund für deren positive Haltung zur Abstimmungsvorlage Torfeld Süd. Nun können wir mit dem vorliegenden Antrag die Gelegenheit nutzen, ein Versprechen gegenüber der Bevölkerung einzulösen und ein Gemeinschaftsprojekt mit Rolling Rock und Beachvolleyball zu ermöglichen. Wir

erwarten vom Stadtrat zudem, dass auch die Planung des Laufkorridors für die Leichtathleten bald an die Hand genommen wird und somit ein vollumfänglicher Ersatz für die weggefallene polysportive Nutzung im Torfeld Süd realisiert werden kann. Jugendarbeit und ein attraktives, vielfältiges Angebot im Breitensport sind Eckpfeiler im Angebot einer jeden Gemeinde. Zu beidem leistet die Sport- und Freizeitstätte in der Telli einen wichtigen Beitrag. Wir möchten an dieser Stelle die grosse Arbeit hervorheben, welche Simon Eichenberger mit dem Rolling Rock in den letzten 16 Jahren für die Jugend und die Stadt Aarau geleistet hat. Dieses Engagement gilt es zu würdigen und muss unbedingt weiterhin unterstützt werden. Aufgrund des im Sommer 2014 auslaufenden Mietvertrages der Rolling Rock AG im Torfeld Süd darf das vorliegende Projekt nicht verzögert werden und bedarf einer raschen Umsetzung. Die Liegenschaft an der Neumattstrasse 26 eignet sich ideal für die geplante Sport- und Freizeitstätte und kommt die Stadt Aarau wesentlich günstiger als das Vorgängerprojekt im Torfeld Nord zu stehen. Ein Wermutstropfen bei diesem Projekt ist unseres Erachtens, dass lediglich die gesetzlichen energetischen Mindestvorschriften eingehalten werden sollen. Wir fordern die Rolling Rock AG als Bauherrin auf, dass sie bei der Umsetzung der baulichen Massnahmen auf ein möglichst nachhaltiges Energiekonzept setzt. Die SP-Fraktion stimmt dem stadträtlichen Antrag einstimmig zu.

Carlo Mettauer, Stadtrat: Vorab danke ich Ihnen für die Wertschätzung, welche Sie mit Ihren Voten dieser seit 16 Jahren in Aarau aktiven Sportstätte entgegenbringen. Sie haben das auch, ohne jetzt noch einmal ins Detail zu gehen, im Zusammenhang mit dem Torfeld Süd getan. Sie haben hier im Rat, aber auch im Umfeld der Diskussionen und Planungen dieser Sportstätte, immer gesagt, dass primär für die dort Beteiligten, namentlich das Rolling Rock und Beachvolleyball, geschaut werden sollte, weil eine moralische Verpflichtung bestehe. Man solle helfen und Support bieten, wie man das bei anderen Gelegenheiten auch tue, sei es im Kultur- oder Sportbereich. Die Vorlage ist effektiv etwas speziell. Es ist wahrscheinlich auch eine der wenigen Situationen, bei welchen man so eng mit privaten Partnern zusammenarbeitet. Ich mache sehr gerne noch einige Ausführungen auch zu kritischen Voten, welche durchaus in diesem Zusammenhang gewürdigt werden sollen und auf welche man bereits versucht hat, seit der Sachkommissionssitzung zu reagieren. Ich wiederhole jetzt nicht mehr alle positiven Aspekte, das habe ich nun global tun können. Martina Suter hat gesagt, dass die ganze Finanzierung von einem Drittel und zwei Dritteln aus den Förderrichtlinien des Sportkonzeptes als Präjudiz wirken könnten und andere Gesuchsteller anziehen könnten. Vor zwei oder drei Jahren haben wir dem Tennisclub tatsächlich eine Absichtserklärung vermittelt. Das ist jetzt eben ein Beispiel, welches in der nächsten Zeit nicht realisiert werden kann, da auf der anderen Seite die Kreditierung nicht durch den privaten Träger bzw. den Verein erbracht werden konnte. Auf der einen Seite sprechen wir vom zinslosen Darlehen, welches die Stadt gewährt. Auf der anderen Seite muss der Betreiber oder die Betreiberin einer solchen Sportstätte den Nachweis erbringen, dass er oder sie diese Mittel nicht nur finanzieren, sondern auch zurückzahlen kann, wie das beim rückzahlbaren Darlehen der Fall ist. Zur Gewinnorientierung der Firma muss ich auch noch etwas ausholen: Wenn wir von einem zinslosen Darlehen als nichtrückzahlbarem Darlehen sprechen, dann sind diese 1,2 Mio. Franken der eine Teil. Dies ist ein Begriff. Nach schweizerischem Recht und Subventionswesen könnte man dem auch "à-fonds-perdu-Betrag" sagen. Aber dieser "à-fonds-perdu-Betrag" ist zusammen mit einem Investor in einem öffentlichen Bau insofern etwas schwierig, weil er als Schenkung eingeht. Daraus resultieren verschiedene Fragezeichen. Schenkungen haben auch etwas mit Steuern zu tun. Es hat aber auch etwas damit zu tun, dass bei einer Schenkung der Stadt mit einem "à-fonds-perdu-Betrag" die Rolling Rock AG, wenn man es vertraglich nicht anbinden und absichern würde, mit dieser Investition wieder privat umgehen und sie z.B. veräussern

oder mitnehmen könnte. Das wollten wir aber genau nicht. Es wurde richtig festgestellt, dass es sich um eine Baute auf stadteigenem Land handelt. Diese Baute konnte für 1,05 Mio. Franken zurückgekauft werden. Wir haben sie nicht explizit für das Rolling Rock gekauft. Es wäre eine Unterstellung, wenn das jemand sagen würde. Im Vorfeld wurden verschiedene Nutzungen für die Kultur, aber auch für das Gewerbe geprüft. Dabei sind wir auf die Nutzung, wie Sie Ihnen jetzt aufgezeigt wurde, gekommen. Es ist so, dass die dort getätigte Investition einerseits durch den vom Sportkonzept gesicherten, nicht rückzahlbaren und zinslosen Drittel als Darlehen besteht. Dieser Drittel geht an die Stadt zurück, denn die dort physisch stehende Baute gehört ja der Stadt. Die von Herrn Eichenberger getätigten Investitionen bzw. der Rolling Rock AG betreffen den Mobilien- und Immobilienausbau. Der eine ist der Mieterausbau, der andere der Immobilienausbau. Das verzinste Darlehen muss mit dem Fixbetrag von 110'000 Franken pro Jahr in zehn Jahren amortisiert werden. Es beinhaltet zudem einen sinkenden Zins, d.h. die 2 % sind zwar fix, aber wenn die Schuldsumme kleiner wird, verkleinert sich die Zinssumme von 22'000 Franken natürlich auch. Das geht linear nach unten. Das ist ja auch klar. Das ist also das verzinste, rückzahlbare Darlehen und das andere eben ein "à-fonds-perdu-Betrag". Dieser ist aber für die Stadt nicht verloren, da er durch ein Darlehen angebunden ist. Es kann so also kein Rechtsstreit entstehen. Sie haben die Freiwilligenarbeit angeführt. Ich bin nicht so ein reger Benutzer der Skatinganlage, aber ich weiss, dass in diesem Umfeld sehr viel Freiwilligenarbeit geleistet wird, namentlich auch vom Speedclub und dem Freestyleclub. Der eine hat immerhin 150 und der andere 70 Mitglieder. Natürlich ist Herr Eichenberger dort und wird mit dieser Sportstätte in der Aussenwahrnehmung personifiziert, aber es hat auch andere Mitarbeitende. Es hat auch Personen, welche diese Sportstätte mitbetreiben wollen. Ich glaube, da ist die Abstützung breit genug. Wenn der Besitzer oder Betreiber ausfallen würde, bin ich überzeugt, dass das in Zukunft auch mit einem Konzept gesichert wird. Es besteht bereits ein Betriebskonzept. Das ist ausgearbeitet worden und wird auch noch angepasst. Für den jetzigen Standort im Torfeld Süd habe ich gesehen, dass immer wieder Sponsoren für den Betrieb des Rolling Rock und des Beachvolley gesucht werden. Dieser Betrieb wäre sonst vermutlich nicht gesichert. Man kann noch sagen, dass bei der Finanzierung die Stadt einerseits Geldgeberin ist, andererseits einen Teil des Betrags über die Rückzahlung wieder zurückerhält. Wir dürfen nicht vergessen, dass Herr Eichenberger mit seinem Rolling Rock nicht einfach gratis in dieser Baute sein wird. Er bezahlt 5 % Bruttorendite auf dem von der Stadt investierten Kapital. Das sind 105'000 Franken. Den Vertrag hat Herr Eichenberger natürlich noch nicht unterschrieben und er bezahlt auch noch keine Miete. Es ist auch klar, dass er das Projekt gar nicht realisieren kann, wenn es zu keinem Mietvertragsabschluss kommt. Die Stadt übergibt ihm nicht einfach das frisch gebaute Objekt, ohne dass mit ihm vorgängig die Miete abgemacht worden ist. Diese wird eben im Rahmen von 105'000 Franken sein. Immer wieder wurde die Mitgliedschaft von Herrn Eichenberger in der Sportkommission moniert. Nach aussen mag das so aussehen. Wir werden diesen Aspekt zukünftig aufnehmen. Ich muss allerdings sagen, dass in anderen Kommissionen teilweise auch Interessen vorhanden sind, sei das vielleicht ein Architekt, welcher mit Bauten in der Stadt zu tun hat und es um einen Wettbewerb geht, der ihn auch betrifft. Dort wird er auch nicht per se von einer solchen Kommissionsarbeit ausgeschlossen. Bei uns gilt, wie auch im Einwohnerrat oder Stadtrat, die Ausstandspflicht, wenn man persönlich betroffen ist. Hier haben wir immer darauf geachtet. Da hatten wir intern nie Probleme. Wir nehmen aber auf, dass es nach aussen ev. so wirken kann. Das werden wir ernst nehmen. Oft wurden auch die minimalen, energetischen Ausbauten angetönt. Wir haben Rücksprache mit dem Architekturbüro genommen, welches mit Herrn Eichenberger den Ausbau plant. Das Projekt wurde noch einmal auf diese Kriterien hin überprüft. Das Projekt wird ja aus solchen Gründen auch eng von uns, d.h. vom Stadtbauamt und der Abteilung Liegenschaften, begleitet. Man gibt nicht einfach das Geld

und nächstes Jahr findet dann irgendwann einmal eine Einweihung statt. Wir haben die Zusage erhalten, dass genau im energetischen Bereich in Sachen Dämmungen noch einiges mit nicht so grossem Aufwand, wie man vielleicht denkt, herauszuholen ist. Man wird aber sicher keinen extrahohen Standard herausholen können. Ich bedanke mich deshalb für die Hinweise, welche wir auch schon von der Sachkommission erhalten haben. Es geht um Dämmungen im ersten und zweiten Stock und v.a. auch um die Aussendämmungen, bei welchen mit den Einbauten noch einiges herausgeholt werden kann. Diesen Punkt nimmt man also sicher mit in die kommende Planung, denn es ist ein sensibler Punkt. Wir sind eine Energiestadt, wollen es auch bleiben und möchten in diesem Ranking auch in Zukunft noch zulegen. Viele Voten haben sich wiederholt. Ich nehme das nun so entgegen, dass vielleicht im Torfeld Süd noch mehr ins Vertragswerk hätte aufgenommen werden sollen. Aber wie gesagt, es handelte sich um eine rollende Planung. Wir mussten und müssen immer noch reagieren. Wir sind insofern ein bisschen unter Druck, weil der Mietvertrag im Torfeld Süd ausläuft. Das wissen Sie ja auch. Es ist eine Tatsache. Natürlich kann man sagen, das Projekt sei viel zu teuer. Es war auch schon einmal teurer. Man kann es immer günstiger machen, aber in Bezug auf Kosten/Leistung ist das hier für die Stadt ein interessantes Projekt. Es ist unterstützungswürdig. Ich danke für das breite Wohlwollen und eine gewisse Risikobereitschaft von Seiten des Einwohnerrates. Es ist wirklich ein Projekt, welches wir zusammen, also die öffentliche Hand und Private, eng begleitet realisieren möchten.

Marc Dübendorfer, Präsident: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 35 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme und 9 Enthaltungen folgenden

Beschluss

Für das Projekt "Sport- und Freizeitstätte in der Telli" wird ein Finanzierungsbeitrag von total 2,23 Mio. Franken, davon 1,12 Mio. Franken als zinsloses, nicht rückzahlbares Darlehen und 1,11 Mio. Franken als rückzahlbares, verzinstes Darlehen, genehmigt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

92. Nachtragskredite 2013, 2. Serie

Mit Botschaft vom 11. November 2013 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft den folgenden:

Antrag: *Der Einwohnerrat möge das Zusatzkreditbegehren von Fr. 180'000.-- für die Flachdachsanieierung beim GZ Telli genehmigen.*

Marc Dübendorfer, Präsident: Das Geschäft wurde in der Sachkommission geprüft. Auf ein Kommissionsreferat wird verzichtet. Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Das Zusatzkreditbegehren von Fr. 180'000.-- für die Flachdachsanieierung beim GZ Telli wird genehmigt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

93. Teilrevision des Reglements über die Wirkungsorientierte Stadtverwaltung Aarau (WOSA-Reglement) vom 22. August 2005

Mit Botschaft vom 4. November 2013 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft den folgenden:

Antrag: *Der Einwohnerrat möge den Entwurf der Teilrevision des Reglements über die Wirkungsorientierte Stadtverwaltung Aarau (WOSA-Reglement) gutheissen.*

Marc Dübendorfer, Präsident: Wir werden dieses Geschäft wie folgt behandeln: Zuerst wird die Eintretensfrage gestellt. Danach hören wir das Referat der FGPK. Anschliessend kommen wir zur Globaldebatte und nachher müssen wir, da es gesetzlich so vorgeschrieben ist, in die Detailberatung einsteigen. Ich versuche, diese so weit wie möglich zu verkürzen, falls keine Anträge zu den einzelnen Paragraphen gewünscht sind. Danach kommen wir zur Schlussabstimmung. Das Vorgehen und das Eintreten sind unbestritten.

Werner Schib, Sprecher der FGPK: Die FGPK hat an ihrer letzten Sitzung die Teilrevision des Reglements über die wirkungsorientierte Stadtverwaltung eingehend besprochen. Als Auskunftspersonen sind Stadtpräsident Marcel Guignard und der Controller, Herr Mundwiler, zur Verfügung gestanden. Um es vorweg zu nehmen: Die FGPK empfiehlt einstimmig, das Geschäft gutzuheissen. Nachdem wir in der Gemeindeordnung von Aarau WOSA definitiv verankert haben, geht es jetzt noch darum, das WOSA-Reglement anzupassen und in eine definitive Fassung zu bringen. Dabei sind die bisherigen Erfahrungen und die Praxis mit WOSA berücksichtigt worden. Das Geschäft ist nicht umstritten gewesen. Ich kann deshalb darauf verzichten, über Einzelheiten von der Beratung zu berichten. Ein Thema möchte ich aber kurz aufgreifen, denn darüber haben wir intensiv diskutiert: Aus der Mitte der Kommission ist bemängelt worden, dass die Legislaturziele nicht mit dem Politikplan übereinstimmen. Die Legislaturziele seien starr für eine Legislaturperiode festgesetzt. Der Politikplan hingegen werde jährlich angepasst und überarbeitet. Es sei anzustreben, dass im Politikplan auch eine Zielsetzung für die Dauer des Politikplans enthalten ist. Dem ist entgegen gehalten worden, dass mittel- und langfristige Ziele nicht immer wieder geändert werden sollen. Es seien heute genügend Zielsetzungen vorhanden. Drei Ebenen der Zielsetzung wie heute – also Entwicklungsleitbild, Legislaturziele und Jahresziele – seien genug. In diesem Sinne bitte ich abschliessend nochmals um Zustimmung zu diesem Geschäft.

Marc Dübendorfer, Präsident: Ich eröffne somit die Diskussion zu diesem Geschäft. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Somit kommen wir zur Detailberatung. Ich schlage vor, dass wir die Vorlage des Reglements, wie es sich bei Annahme präsentieren wird, durchgehen und nicht die synoptische Gegenüberstellung. Ich frage ganz generell, ob jemand das Wort zu einem der Paragraphen 1-25 wünscht. Das ist nicht der Fall. Somit können wir die Detaildebatte bereits beenden. Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Die Teilrevision des Reglements über die Wirkungsorientierte Stadtverwaltung Aarau (WO-SA-Reglement) wird gutgeheissen.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

94. Postulat Libero Andreas Taddei: Kreisverkehr an Kreuzung Allmendweg, Schwimmbadstrasse und Schiffländestrasse

Am 7. Oktober hat Einwohnerrat **Libero Andreas Taddei** ein schriftlich begründetes Postulat eingereicht mit folgendem

Begehren: *Der Stadtrat wird eingeladen, die Verkehrssituation Allmendweg / Schiffländestrasse / Schwimmbadstrasse zu prüfen, insbesondere ob ein Kreisverkehr der akuten Gefahrensituation Abhilfe verschaffen kann.*

Marc Dübendorfer, Präsident: Mit Bericht vom 11. November 2013 beantragt der Stadtrat dem Einwohnerrat die **Nichtüberweisung** des Postulates. Der Stadtrat hat die Begründung dazu bereits schriftlich abgegeben. Der Stadtrat könnte jetzt noch Ergänzungen dazu zu machen, er verzichtet aber darauf.

Libero Taddei, Postulant: Man muss hinschauen und -hören, wenn man aktiv in der Politik tätig ist. Ich bin mehrere Male auf diese Verkehrssituation angesprochen worden und habe sie auch mehrmals selber erlebt. Das hat mich dazu bewogen, dieses Postulat zu verfassen. Sie können mir aber alle glauben, dass ich bei der Begründung des Stadtrates selber erschrocken bin, als ich die immensen Kosten gesehen habe. Ich habe nicht von einem Kreisverkehr gesprochen, bei dem man in der Mitte ein Denkmal aufstellen müsste. Ich habe mir aber auch nie die Vorstellung gemacht, dass das eine so teure Sache sein könnte. In der Begründung wird von Rückstau gesprochen. Wie sieht es in unserer Stadt überhaupt aus? Wenn man vom Stafleleggzubringer Richtung Telli fährt, kommt bereits an der Neumattstrasse ein Kreisverkehr. Einige hundert Meter weiter Richtung Stadt haben wir die Delfterstrasse mit dem Kreisverkehr. Dann kommt das Lichtsignal beim Einkaufszentrum Telli. Danach geht es sofort auf den nächsten Kreisverkehr Tellistrasse / Tellirain-Mühlemattstrasse zu. Bereits danach kommt das Lichtsignal beim Sauerländertunnel. Auch hier gibt es bei Zeiten der Hauptfrequenz Rückstau. Das ist nicht zu vermeiden. Schauen wir kurz über die Kettenbrücke: Dort hat es einen neuen Kreisverkehr bei der Verzweigung Erlinsbacherstrasse / Küttigerstrasse. Wieder ein Kreisverkehr, der keine 30 Meter hat. Er funktioniert heute aber bereits sehr gut. In der Anfangsphase hat man auch gedacht, wie das überhaupt laufen werde. Es läuft optimal. Gehen wir zurück zur Mühlemattstrasse. Dort kommen wir zum Lichtsignal vor der Kettenbrücke. Nach der Kettenbrücke hat es gleich wieder ein Lichtsignal. Dann geht es auf den markanten Punkt zu. Ich spreche auch nicht nur von den Monaten, in welchen dieser Kreisverkehr stark frequentiert wird, also während der Badesaison. Die Situationen entstehen dort täglich. Natürlich mag die Argumentation, dass es nur fünf wirklich grobe Unfälle gegeben habe, so stimmen. Einige seien in der Nacht unter Alkoholeinfluss gewesen. Aber auch hier möchte ich nicht ins Detail gehen. Ich möchte mir aber noch einen kurzen Ausflug in die Stadt erlauben: Vom Aargauerplatz in die Obere Vorstadt, wo wir zwei Kreisverkehre haben, Richtung Entfelden zum Lichtsignal hinauf, gibt es Rückstau in Zeiten der Hauptfrequenz. Es geht sogar noch weiter, wenn man von der Vorderen Vorstadt den Kreisverkehr hinunter Richtung Hintere Bahnhofstrasse geht. Machen wir den kurzen Ausflug in die Gais. In der Gais, wo es nachher Richtung Buchs/Suhr geht, hat es Rückstau in den hauptfrequentierten Zeiten. Dieses Argument hinkt für mich also ein biss-

chen. Es ist eine Tatsache, dass wir ja nicht mehr an die Zeiten ohne Kreisel zurückdenken möchten. Damals mussten unsere Verkehrspolizisten mit akrobatischen Übungen an all diesen Punkten den Verkehr leiten. Es ist eine Idee, welche ich aufgenommen habe. Dass die Kosten derart hoch sind, und ich habe es eingehend schon gesagt, erschüttert mich auch. Ich wollte aber kein Denkmal in der Mitte des Kreisels. Ob der Landerwerb überhaupt hätte bezahlt werden müssen oder ob die Ortsbürgergemeinde der Einwohnergemeinde das Land nicht einfach kostenlos hätte überlassen können, wissen wir alle nicht, wenn Sie meinem Postulat nicht zustimmen. Es wäre eine Chance, eine Situation in der Stadt Aarau zu entschärfen. Es wäre v.a. auch wieder eine Möglichkeit, einen reibungslosen Fluss nicht zu stören, sondern verbessern zu können. In diesem Sinne bitte ich um die Unterstützung meines Postulats und die Überweisung an den Stadtrat. Ich danke Ihnen.

Sonja Eisenring: Herr Taddei hat einige Sachen schon vorweggenommen. Ich möchte dennoch auf ein paar Punkte hinweisen. Die CVP-Fraktion sieht den Knoten Allmendweg / Schiffländestrasse / Schwimmbadstrasse, wie der Stadtrat unter Ziffer 4 seiner Stellungnahme zum Postulat, als "sicherlich nicht gänzlich unproblematisch" an. Wir denken, dass man die Situation in diesem Gebiet wirklich aufmerksam beobachten muss. In den letzten Jahren wurde die Nutzung des Schachens immer intensiver, denken wir an die Reithalle – und jetzt kommt eines meiner einwohnerrätlichen Lieblingsworte – mit nicht mehr nur "equestrischer" Nutzung und v.a. auch an den Allwetterfussplatz. Im Schachen herrscht nun keine Winterruhe mehr, sondern ein Ganzjahresbetrieb. Den ganzen Winter durch finden dort Sachen statt. Es wurde vorhin schon gesagt: In Aarau haben es die Kreisel schwer, bis sie gebaut worden sind. Der Kreisel beim Weinberg wäre für mich ein solches Beispiel oder auch der bereits erwähnte Aargauerplatz. Heute sind sie vorhanden und funktionieren selbstverständlich. Wenn wir an die ständige Verkehrszunahme in der Schweiz und an die immer ausgedehntere Nutzung des Aarauer Schachens denken, so vermuten wir, dass ein Kreisel am genannten Knoten in absehbarer Zeit und in einer vernünftigen Grössendimension wohl sinnvoll sein wird. Grossmehrheitlich unterstützt die CVP-Fraktion die Überweisung des Postulates. Die Umsetzung hat für uns aber nicht oberste Priorität, aber wir würden den Kreisel auf die längerfristige Wunschliste setzen.

Silvia Dell'Aquila: Die SP-Fraktion folgt dem stadträtlichen Antrag und wird sich gegen die Überweisung des Postulats aussprechen. Wir erachten einen Kreisel an der Einmündung Allmendweg / Schiffländestrasse für unnötig. Wenn man die Verkehrssituation und die Nutzung der Schwimmbadstrasse kennt – und ich glaube, ich kenne sie – kommt man schnell zum Schluss, dass das Abbiegen in die Schwimmbadstrasse zwar nicht einfach, aber zu bewältigen ist. Entscheidend ist, dass dort im Alltag nicht so viele Autos einbiegen wollen. Das ist eine Tatsache. Die Schwimmbadstrasse wird stark benutzt, wenn Veranstaltungen im Schachen stattfinden, z.B. auf der Pferderennbahn. Für diese Fälle kann der Verkehrsdienst engagiert werden. Wenn nötig, kann die Stadtpolizei dort den Verkehr regeln. Auch an der Anzahl der Unfälle, 3 in 5 Jahren, 2 davon unter Alkoholkonsum verursacht, zeichnen auch nicht das Bild der gefährlichen Kreuzung. Auch besteht an der Stelle wenig bis gar kein Platz für einen Kreisel, bzw. würde so ein Projekt dem Aareraum einigen Platz wegnehmen. Ich möchte aber nicht die Ausführungen des Stadtrats wiederholen, die wir auch teilen. Die Ausgabe von geschätzt 1 Mio. Franken, mit einer Beteiligung der Stadt von 60 %, ist in unseren Augen in Bezug auf den Nutzen für die Aarauerinnen und Aarauer nicht zu rechtfertigen. Es erstaunt uns ein wenig, dass ein Postulat mit diesen Kosten von einem Mitglied derjenigen Fraktion kommt, die sich gerne immer wieder fürs Sparen bei, aus ihrer Sicht, unnötigen und oft als "nice-to-have" bezeichneten Projekten, einsetzt. Dies z.B. auch bei Strassensanierungen, wie

wir in der Budgetdebatte gesehen haben. Aus Sicht der SP-Fraktion ist ein Kreisel an dieser Stelle nicht "nice-to-have", sondern vollständig unnötig. Wir finden, dass es sinnvollere Aufgaben gibt, für welche man dieses Geld ausgeben könnte.

Christian Dubs: Ich muss mich ausnahmsweise meiner Vorrednerin vollumfänglich anschliessen. Libero Taddei, wir beide wohnen hinten im Damm und haben unseren täglichen Arbeitsweg über diese Kreuzung. Problematisch ist es ja nur für diejenigen Autofahrer, welche vom Allmendweg in die Schwimmbadstrasse oder von der Schwimmbadstrasse in die Schiffländestrasse einbiegen möchten. Aber wie viele von sämtlichen Autos wollen tatsächlich dort durchfahren? Ich behaupte, das ist kein Prozent von allen. Der Kreisel ist deshalb völlig unnötig. Es wäre eine reine Verschleuderung von Steuergeldern. Wenn eine Grossveranstaltung stattfindet und es wirklich viel Verkehr auf der Schwimmbadstrasse hat, dann ist es eben so, dass man sowieso einen Verkehrsdienst organisiert hat, wie das meine Vorrednerin bereits ausgeführt hat. Wir von der FDP-Fraktion sind deshalb mehrheitlich gegen die Überweisung dieses Postulats.

Marc Dübendorfer, Präsident: Ausnahmsweise hätte ich selber einmal noch etwas zur Sache zu sagen. Ich habe vorhin mit der Vize-Präsidentin besprochen, dass ich nicht nach vorne ans Rednerpult gehe, denn ich möchte mich wirklich kurz halten. Es wird offenbar bei diesem Postulat etwas übersehen. Die Begründung und die Ausführungen des Stadtrates beschränken sich meines Erachtens einzig und alleine auf den Punkt "Kreisel". Das ist nicht richtig. Es steht in diesem Postulat, dass "insbesondere eine Kreisellösung", d.h. also "unter anderem" eine Kreisellösung zu prüfen wäre. Es gäbe also möglicherweise durchaus auch andere Massnahmen, welche hier möglich wären. Ich kann das Wort nicht gut aussprechen, sage es jetzt aber dennoch: Es gibt z.B. "leichte, verkehrsbehindernde Massnahmen", welche den Verkehrsfluss brechen. Diese wären hier auch prüfenswert. Ich persönlich werde das Postulat unter diesem Aspekt unterstützen. So wie ich das Postulat immer verstanden habe, finde ich, dass es nicht einzig und alleine um den Kreiserverkehr geht, welcher hier jetzt aus Kostengründen abgelehnt wird. Diesbezüglich möchte ich mich allen, welche gesagt haben, dass der Kreiserverkehr nicht infrage komme, anschliessen. Dabei wäre die Kosten-/Nutzenrelation nicht mehr gewahrt. Wenn es aber andere, mindere Massnahmen gäbe, welche diese Problematik entschärfen könnten, welche die meisten von uns schon erlebt haben, die in den Schachen fahren wollten, werde ich das unterstützen.

Jolanda Urech, Stadträtin: Ich fasse mich ganz kurz und sage gerne noch etwas zu diesem Postulat und den dazu gemachten Bemerkungen: Tatsächlich hat sich die ganze Argumentation des Stadtrates auf einen Kreiserverkehr abgestützt. Das hat der Stadtrat auch aufgrund des Titels des Postulates getan, denn das Postulat heisst "Kreiserverkehr an Kreuzung Allmendweg, Schwimmbadstrasse und Schiffländestrasse". So ist jetzt auch die Argumentation des Postulanten mehr oder weniger auf dieser ganzen Thematik aufgebaut gewesen. Ich glaube, wir sind uns einig, dass der Kreisel in den letzten Jahren wirklich in vielen Situationen und an vielen Orten gute Lösungen gebracht hat. Durch Kreisel konnten viele Situationen entschärft werden. Der Postulant hat alle diese Kreisel aufgeführt, welche in den letzten Jahren entstanden sind. Aus dem zu schliessen, und die Umkehrung zu machen, jedes Problem könne nun mit einem Kreisel gelöst werden, ist vielleicht dann doch etwas voreilig. Ein Kreisel kann auch nicht jede Rückstauproblematik auffangen, wenn es beispielsweise in einem Verkehrssystem zu viel Verkehr hat. Der Stadtrat hat ausgeführt, dass der Knoten aus verkehrstechnischer Sicht "nicht ganz unproblematisch" ist. Es ist eine etwas heikle Ecke. Die Bedenken, ob aber ein Kreisel diese Problematik wirklich einfach lösen könnte, sind nicht ganz aus der Welt

zu schaffen. Ein Kreisel kann nicht in jeder Situation jedes Problem lösen. Der Stadtrat ist immer offen für Kreiseldiskussionen und -lösungen. An diesem Ort ist er aber der Meinung, dass Aufwand und Ertrag in keinem Verhältnis zum Gewinn stehen würden. Auch die Frage des Landerwerbs würde sich stellen, und von den Kosten ist ebenfalls schon genügend gesprochen worden. Mit diesen Begründungen möchte der Stadtrat das Postulat nicht überweisen haben. Es wurde aber auch gesagt, dass diese Ecke im Auge behalten und die ganze Problematik dort weiterverfolgt werden muss. Das ist selbstredend für den Stadtrat.

Marc Dübendorfer, Präsident: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Antrag auf Nichtüberweisung des Postulats von Libero Andreas Taddei:

Der Einwohnerrat fasst mit 33 Nein-Stimmen gegen 12 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss

*Das Postulat von Libero Andreas Taddei "Kreisverkehr an Kreuzung Allmendweg, Schwimmbadstrasse und Schiffländestrasse" wird **nicht** an den Stadtrat **überwiesen**.*

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.

95. Kreditabrechnung Schulanlage Zelgli, Aussenplätze und Sportanlage

Marc Dübendorfer, Präsident: Mit Datum vom 16. September 2013 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Schulanlage Zelgli, Aussenplätze und Sportanlage". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von Fr. 400'000.00 mit Bruttoanlagekosten von Fr. 405'005.15 ab. Es resultiert somit eine Kreditüberschreitung von Fr. 5'005.15 oder 1,25 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK zur Prüfung vor. Sie empfiehlt einstimmig die Annahme der Abrechnung und verzichtet auf ein Kommissionsreferat. Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung "Schulanlage Zelgli, Aussenplätze und Sportanlage".

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

96. Verabschiedungen

Marc Dübendorfer, Präsident: Ich möchte kein allzu grosses Schlussvotum halten, aber verschiedenen Dank aussprechen. Ich beginne vorne: Danken möchte ich Röbi Uhlmann, Hauswart des Grossratsgebäudes, welcher immer im Hintergrund für eine angenehme Verpflegung in der Pause und unser Wohl gesorgt hat. Ganz speziell danken möchte ich Toni und Emma Aeschbach. Sie sind Begleiter für uns, für mich jetzt seit 12 Jahren. Zwei ruhige Personen, welche wichtig für unser Geschäft hier im Rat sind. Ohne sie würde es nicht gehen. Einen ganz herzlichen und kollegialen Dank geht an Stefan Berner. Ich habe ihn beim Zusammenarbeiten als sehr profunden, ruhigen und juristisch bewanderten Menschen kennengelernt. Die Zusammenarbeit mit ihm war sehr angenehm. Ich möchte allen Mitgliedern der Schulpflege und der Verwaltung danken für ihre Geduld, welche sie an diesen teilweise langen Einwohnerratssitzungen aufbringen mussten. Ich glaube, heute sind sie schon beim Apéro. Vielleicht hat sich ihre Geduld schon etwas reduziert angesichts des anschliessenden Apéros. Also herzlichen Dank ihnen allen. Ein spezieller Dank geht von meiner Seite an die zurücktretenden Stadträte Michael Ganz, Beat Blattner, Carlo Mettauer als Vize-Präsident und Marcel Guignard als Stadtpräsident, und dies wohlgerne auch im Namen der Bevölkerung von Aarau, denn sie wird ja hier im Einwohnerrat von uns vertreten. Diese vier Stadträte werden am Donnerstag, 19. Dezember 2013, noch öffentlich im KuK verabschiedet. Das wird eine gebührende Verabschiedung sein. Deshalb möchte ich hier nicht noch länger werden, ihnen aber wirklich im Namen des Einwohnerrates herzlich danken. Dann möchte ich selbstverständlich allen Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten danken, einerseits für den Einsatz in diesem Amt als solches, andererseits aber auch für die gute Zusammenarbeit, so wie ich sie in der Zeit als Vize-Präsident und Präsident erleben konnte. Anschliessend sind wir alle herzlich im Ratskeller unten im Grossratsgebäude eingeladen. Dabei sein werden auch die ehemaligen Präsidentinnen und Präsidenten. Ich nehme an, die werden schon unten sein. Wir werden von Andreas Steineder, Restaurant Rathausgarten, bewirtet. Ich wünsche bereits hier allen Anwesenden frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr. Damit verabschiede ich mich von meinem Präsidentenmikrofon und wir kommen zu den Verabschiedungen der zurücktretenden Mitglieder des Einwohnerrates. Dazu gehe ich an das vordere Mikrofon. Ich bitte Silvia Fallegger, Marcel Husistein, Gary Gloor, Hanni Weiersmüller, Katharina Geiser, Hanspeter Hilfiker ist nicht anwesend, ich selber stehe hier am Pult, Peter Knörr, Lotty Fehlmann Stark, Sonja Eisenring und Werner Schib nach vorne. Euch allen möchte ich auch noch einmal herzlich für den Einsatz danken. Besonderen Dank verdienen für ihre Aktivitäten Hanspeter Hilfiker und dann vor allem Lotty Fehlmann Stark. Hanspeter Hilfiker war an 17, Lotty Fehlmann Stark an 16 Geschäften beteiligt. Ich glaube, das ist ein Applaus wert. Ganz besonderen Dank geht an die beiden amtsältesten Einwohnerrätinnen, nämlich Lotty Fehlmann Stark, seit Januar 1998, also seit 4 Amtsperioden und Sonja Eisenring, seit Januar 1996, also sei 4,5 Amtsperioden mit dabei. Beide haben den Rat präsiert, Lotty Fehlmann Stark in den Jahren 2008-2009 und Sonja Eisenring in den Jahren 2002-2003. Sie beide erhalten von mir persönlich noch ein spezielles Geschenk. Dann kommen wir zur Verteilung der offiziellen Geschenke. Silvia Fallegger war seit dem 1. März 2012 Mitglied des Einwohnerrates. Dafür danke ich ihr ganz herzlich. Marcel Husistein, einer der ersten Einwohnerräte aus Rohr, war seit dem 1. Januar 2010 im Einwohnerrat. Auch ihm möchte ich ganz herzlich danken. Gary Gloor war ebenfalls seit dem 1. Januar 2010 dabei, herzlichen Dank. Hanni Weiersmüller, ebenfalls eine Rohrerin, war seit dem 1. Januar 2010 im Einwohnerrat, besten Dank. Kathari-

na Geiser war seit dem 28. August 2006 Mitglied im Einwohnerrat, vielen herzlichen Dank auch ihr. Dann kommen wir zu Werner Schib. Er war seit dem 1. Januar 2002 dabei. Erwähnenswert ist sein kleiner Unterbruch als Ratsmitglied. Er bleibt dem Rat als Stadtrat erhalten, ich wünsche ihm viel Befriedigung in seinem neuen Amt und danke ihm vielmals. Hanspeter Hilfiker war seit dem 1. Januar 2003 dabei. Er war Präsident der FGPK, wie übrigens auch Werner Schib. Vielen Dank. Peter Knörr war seit dem 1. Januar 2002, also gleich lange wie ich, Mitglied des Einwohnerrates, herzlichen Dank. Dann kommen wir zu Lotty Fehlmann Stark. Wie gesagt war sie seit dem 1. Januar 1998 im Einwohnerrat und Präsidentin in den Jahren 2008-2009, vielen Dank. Sonja Eisenring war seit dem 1. Januar 1996 im Einwohnererrat und Präsidentin in den Jahren 2002-2003, herzlichen Dank.

Danièle Zatti Kuhn, Vizepräsidentin: Ganz zum Schluss komme ich zur Verabschiedung von unserem Einwohnerratspräsidenten. Sehr geehrter Herr Einwohnerratspräsident oder kurz: lieber Dübi. Du hast Dir eine kurze, "sece" Verabschiedung gewünscht – genau so, wie Du auch Deine Ratsführung gestaltet hast. Aber ich habe von Dir gelernt, dass eine Rede immer drei Teile haben muss: 1. Woher kommen wir, 2. Wohin gehen wir und 3. Was trinken wir dabei. Ich werde mich darum jetzt daran halten. 1. Woher kommen wir? Du hast in Deiner ersten Sitzung als Präsident am 23. Januar 2012 die Verwendung von Laptops, Mobiles und "Lismete" liberalisiert und das Pausenbier wiedereingeführt. Als einzige Regel hast Du an unsere Vernunft appelliert. Du hast dann so eloquent, zielstrebig und effizient durch die Sitzungen geführt, dass man praktisch keine Laptops gesehen hat, mit den Mobiles ist sehr diskret gespielt worden und zu "lisme" hat sich erst recht niemand mehr getraut. Dank Deiner natürlichen Autorität ist der Saal immer lammfromm gewesen. Du hast am Anfang von Deiner Amtszeit auch angetönt, dass es immer genügend Papier für geheime Abstimmungen zur Verfügung haben wird. Die sicher bewusst gewählte Ankündigung hat denn auch ihre gewünschte, paradoxe Wirkung gezeigt und so hast Du in den 2 Jahren nie geheim abstimmen lassen müssen. Du hast den Ratsbetrieb immer im Griff gehabt, bist konzentriert, entscheidungsorientiert und gleichzeitig locker gewesen. Zwischendurch hat auch ein Witzli zu unserer Aufheiterung Platz gehabt. Ratlos bist Du nie gewesen, und wenn es kurze Unsicherheiten gegeben hat bei komplizierten Abstimmungsprozeduren, hast Du zur Rechtssicherheit schnell und pragmatisch eigene Beschlüsse gefasst – und auch in Kauf genommen, dass diese anfechtbar sind. Deine Ratsführung und Deine Entscheide sind aber so weise und umsichtig gewesen, so dass es nie zu einer Beschwerde gekommen ist. Und wir sind froh gewesen, dass Du immer so souverän geführt hast. Dafür hast Du unsern grossen Dank verdient! Du bist – kurz und sec gesagt – Deinem Amt mehr als gewachsen gewesen. Ich habe sogar den Eindruck gehabt, dass es Dir Freude macht. Ich persönlich, und mit mir sicher viele in diesem Saal, werden deine beiden Präsidialjahre in bester Erinnerung behalten und uns gerne an die präzise Führung und deine guten Sprüche erinnern. Deine Nachfolge wird es nicht so leicht haben, in Deinen Spuren zu gehen. 2. Wohin gehen wir? Deine letzte Sitzung als Einwohnerratspräsident ist gleichzeitig auch Deine letzte in der Legislative der Stadt Aarau. Du bist seit 2002 im Einwohnerrat gewesen und hast Dich in dieser Zeit, nebst Deinen präsidialen Tätigkeiten, auch sonst sehr aktiv eingesetzt. So hast Du in diesen 12 Jahren 7 Anfragen und 3 Motionen lanciert. Und offenbar wäre es fast noch eine vierte geworden zum Thema Stadtbäume, aber die Serviette mit den Unterschriften aus Reutlingen ist irgendwo verloren gegangen... Du wirst jetzt wieder mehr Zeit haben für Deine privaten und beruflichen Ziele. Dafür wünsche ich Dir alles Gute. Und wer weiss, vielleicht zieht es Dich nach einer kreativen Pause ja auch wieder in die aktive Politik, Du bist ja noch jung! 3. Und was trinken wir? Du hast Dir als Abschiedsgeschenk den letzten, noch zu vergebenden Becher gewünscht. Damit dieser auch zum letzten Teil der Rede passt, habe ich Dir hier noch ein Bier mitgebracht, so kannst Du

den Becher gleich gebrauchen. Und wenn die Flasche leer ist, kannst Du sie dann als Blumenvase benutzen. Hier habe ich noch ein Pack Servietten mitgebracht, falls Du wieder einmal mit einer Bürgermotion den Rat hier auf Trab halten möchtest.

Schluss der Sitzung: 21.00

EINWOHNERRAT AARAU

Der Präsident:



Marc Dübendorfer

Der Protokollführer:



Stefan Berner